

Antrags- buch

78. ord. Landesparteitag

16.03.24 in Ochtendung

Anträge Parteitag der Freien Demokraten

Inhaltsverzeichnis

- 001 Starke Liberale Impulse für die Bioökonomie im Land und Bund setzen!
- 002 Technologieoffenheit umsetzen – Ein Muss für unser Land und für die Zukunft des Standortes Deutschland
- 003 Wettbewerbsnachteile durch Bürokratielasten auf nationaler und europäischer Ebene durch neue Größenklassen für KMU abbauen, - Soloselbständigen und KMU den gesetzlich auferlegten Zeitaufwand und Fremdkosten vergüten!
- 004 Landwirtschaft stärken – Europa stärken – Bürokratie abbauen
- 005 Ukrainische Transkription ukrainischer Ortsnamen
- 006 Aufkommensneutrale Grundsteuer - Absenkung des Nivellierungssatz
- 007 Soloselbständigen und KMU den gesetzlich auferlegten Zeitaufwand und Fremdkosten vergüten!
- 008 Einheit in Vielfalt: Europäische Identität in Rheinland-Pfalz
- 009 Politik für die arbeitende Mitte
- 010 Innovation made in RLP: Starkes Fundament für Wachstum und Wohlstand
- 011 Innovation statt Verbote für eine zukunftsfähige Landwirtschaft
- 012 75 Jahre Grundgesetz – eine Verfassung der Freiheit als zeitlos gültige Antwort auf Totalitarismus und Unterdrückung
- 013 Dringlichkeitsantrag: Landesfinanzierung für den lokalen ÖPNV endlich umsetzen
- 014 Dringlichkeitsantrag: Säulen Europas stärken und ausbauen – deutsch-französische Beziehungen erneuern

Antrag 001: Starke Liberale Impulse für die Bioökonomie im Land und Bund setzen!

Antragsteller*in:	LFA Wirtschaft und Verkehr, LFA Umwelt, Bauwesen und Städtebau
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Rheinland-Pfalz gilt nicht zuletzt durch die Erfolge von *BioNTech* als starker
- 2 Standort für die Biotechnologie. Doch jetzt heißt es, sich jetzt mit dem
- 3 Erreichten nicht zufrieden zu geben, sondern über die Biotechnologie weitere
- 4 Wachstumfelder zu erschließen.
- 5 Deshalb müssen wir jetzt einen starken liberalen Impuls setzen, um die
- 6 Konkurrenzfähigkeit unserer Unternehmen in aufstrebenden Wachstumsmärkten wie
- 7 der Bioökonomie zu sichern. Verlassen wir den Pfad der Übervorsicht.
- 8 Angesichts der Geschwindigkeit bevorstehender neuer Innovationen ist es ist
- 9 risikoreich, kein Risiko einzugehen. Schaffen wir Freiräume für neue Konzepte in
- 10 der Biotechnologie. Schließen wir keine Technologie aus! So dürfen
- 11 beispielsweise klimaneutrale, biogene Kraftstoffe nicht gegenüber anderen
- 12 Technologien benachteiligt werden.
- 13 Als freie Demokraten, die wir uns einer wachstums- und innovationsfreundlichen
- 14 Standortpolitik bekennen, dürfen wir die Ausgestaltung zukunftsweisender
- 15 Technologien wie z.B. der Gentechnikmethode CRISPR/Cas oder den Einsatz von
- 16 Bioreaktoren zur Erzeugung biogener Rohstoffe und die damit forcierte
- 17 Erschließung der Bioökonomie nicht Be- und Verhinderern überlassen. Als liberale
- 18 Vertreter einer nachhaltigen und zukunftsweisenden Forschungs-, Entwicklungs-
- 19 und Innovationspolitik müssen wir uns stärker in die Diskussion und
- 20 Ausgestaltung dieses biologischen Leitmarktes einbringen.

Begründung

Bioökonomie wird künftig auch einen wesentlichen Anteil zum „Ressourcen-Shift“ leisten, bei dem beispielsweise ein Teil der bisher genutzten fossilen Rohstoffe durch biogene Materialien (wie beispielsweise Algen, Bakterien, Pilze u.v.m.) ersetzt wird. Signifikant wird dieser Beitrag, wenn es gelingt, gleichzeitig eine umfassende Ressourceneinsparung durchzusetzen – insbesondere durch die Kreislaufführung von Stoffen aller Art und syntheseorientierte biogene CO₂-Nutzung.

Industrienationen, wie die USA mit ihrem *Inflation Reduction Act* sowie der *Executive Order on Advancing Biotechnology and Biomanufacturing* zeigen uns eindrucksvoll, wie ein Hochlaufen des grünen Leitmarkts „Bioökonomie“ mit staatlicher Unterstützung realisierbar ist. Deshalb müssen die Freien Demokraten mit einer Zukunftsstrategie maßgebliche Impulse für eine technologieoffene Forschung und Entwicklung setzen. Wir dürfen auf Landes- und Bundesebene diesen wichtigen Markt nicht allein dem Wirtschaftsministerium und seiner KfW überlassen. Über das Forschungs- und das Finanzministerium auf Bundesebene und das Wirtschaftsministerium auf Landesebene halten wir als FDP die wichtigsten politischen Fäden in der Hand, um den Leitmarkt „Bioökonomie“ liberal mitzugestalten.

Weitere Begründung: mündlich

Antrag 002: Technologieoffenheit umsetzen – Ein Muss für unser Land und für die Zukunft des Standortes Deutschland

Antragsteller*in:	LFA Wirtschaft und Verkehr, LFA Umwelt, Bauwesen und Städtebau
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, neuen Technologien aktiv Freiräume
- 2 zu schaffen, um den Standort Deutschland auf den Wachstumskurs zurückzuführen.
- 3 Technologieoffenheit heißt: Die Politik ermöglicht die Rahmenbedingungen für die
- 4 nötigen Freiräume, sodass sich Technologien unter international gleichen
- 5 Wettbewerbsbedingungen entwickeln und am Markt behaupten können. Die Politik
- 6 regelt nicht die Technologie an sich, sondern nur deren Auswirkungen.

7

Begründung

Deutschland ist nicht nur in der wirtschaftlichen Entwicklung das Schlusslicht unter den OECD-Staaten geworden. Auch Innovationen und technologische Möglichkeiten werden vernachlässigt oder mit Verzichtsdenken, Moralisieren oder kleinteiligen Debatten über bürokratische Verfahren ausgebremst oder gar verhindert. Die technologischen Möglichkeiten, die dem Abstieg unserer Volkswirtschaft entgegenwirken können, bekommen dagegen keine angemessenen Freiräume.

Schaffen wir Freiräume für Durchbruchinnovationen wie etwa im Bereich der künstlichen Intelligenz, aber auch auf dem Gebiet der klimaneutralen Verfahren und Technologien. Diese werden unser Leben und das Aussehen unserer Welt grundlegend verändern. Die nächsten Jahre werden entscheiden, ob Deutschland sich zum Standort von zukünftigen Spitzentechnologien weiterentwickelt oder in die Kreisliga absteigt und anderen das Feld überlässt.

Antrag 003: Wettbewerbsnachteile durch Bürokratielasten auf nationaler und europäischer Ebene durch neue Größenklassen für KMU abbauen, - Soloselbständigen und KMU den gesetzlich auferlegten Zeitaufwand und Fremdkosten vergüten!

Antragsteller*in:	LFA Wirtschaft und Verkehr
Status:	eingereicht

Der Parteitag möge beschließen:

1 Viele neue EU-Richtlinien zur Durchsetzung von Dokumentations- und
2 Berichtspflichten im Rahmen der Taxonomie sind immer auch auf große und
3 börsennotierte Unternehmen mit mehr als 1.500 Mitarbeitern anzuwenden. Doch auch
4 viele Soloselbständige und Kleinunternehmen fallen bereits unter derartige
5 Pflichten. Dies gilt spätestens dann, wenn diese im Business to Business -
6 Bereich mit den großen Unternehmen zusammen arbeiten.
7 Aber auch auf nationaler Ebene wächst der Wunsch nach immer mehr Kontrolle und
8 Informationen über Unternehmer und Unternehmen aller Größenklassen.

9

10 • **Wir Freie Demokraten fordern** deshalb bereits bestehende anderslautende
11 Regelungen wonach beispielsweise die Verpflichtungen nach dem
12 Lieferkettengesetz bereits für Unternehmen ab 250 Mitarbeitern gelten
13 sollen, abzulehnen. Die Abnehmer der Waren (Unternehmen mit mehr als 1.250
14 Mitarbeitern) müssen von der Verpflichtung zur Überprüfung der Einhaltung
15 der Bedingungen durch ein Unternehmen mit weniger als 1.250 Mitarbeitern
16 vollständig befreit bleiben.

17 Grundsätzlich müssen die drei Größenklassen, welche die EU verwendet, um kleine-
18 und mittlere Unternehmen einzuteilen, auch auf nationaler Ebene um eine Stufe
19 erweitert werden. Sonst werden z.B. Unternehmen über 250 Mitarbeitenden mit den
20 gleichen Vorschriften konfrontiert wie Konzerne mit Hunderttausenden von
21 Mitarbeitenden. Die KfW z.B. befragt bei ihrem Mittelstandspanel Unternehmen mit
22 Umsätzen bis zu 500 Millionen €.

23 Die USA hat als vergleichbarer Wirtschaftsraum keine einheitliche Definition des
24 Mittelstandes. Aber besonders auch in Bezug auf Subventionen kommen zum Teil
25 deutlich höhere Werte zum Tragen als in der EU. Die Werte gehen bis zu 1.500
26 Mitarbeitern und 1 MRD. \$ Umsatz.

27 Die Freien Demokraten setzen sich international sowie auf Europa- Bundes- und
28 Landesebene dafür ein, dass in der EU eine neue Größenklasse „Mittelstand“
29 innerhalb der KMU eingeführt wird:

Typ	Anzahl Beschäftigte		Umsatzerlös in Mio. €		Bilanzsumme in Mio. €
Kleinstunternehmen	< 10	sowie entweder	≤ 2	oder	≤ 2
Kleine Unternehmen	< 50	sowie entweder	≤ 10	oder	≤ 10
Mittlere Unternehmen	< 250	sowie entweder	≤ 50	oder	≤ 43
Mittelstand	<1,250	sowie entweder	≤ 750		

62 Auf einen Bezug zur Bilanzsumme soll verzichtet werden, da diese nicht unbedingt
63 eine Aussagekraft in Hinsicht der Leistungsfähigkeit hat.

64 Gesetze der EU, die neue Bürokratielasten mit sich bringen, sollen in Zukunft
65 einer besonderen Begründung bedürfen, um sie auch auf den Mittelstand
66 anzuwenden.

67 Die festgelegten monetären Werte müssen spätestens alle 5 Jahre überprüft
68 werden.

69 • **Wir Freie Demokraten forderndarüber hinaus**, dass zumindest allen
70 Unternehmen mit weniger als 1.250 Beschäftigten (KMU) die
71 Bearbeitungszeiten angemessen vergütet werden, die sie zur Bewältigung der
72 Dokumentations- und Berichtspflichten leisten müssen. Ebenso müssen die
73 damit verbundenen Zeiten für Schulungsmaßnahmen angemessen vergütet sowie
74 verpflichtende Beratungskosten, die der Erfüllung von Dokumentations- und
75 Berichtspflichten dienen, steuerneutral (beispielsweise entsprechend der
76 Kostenübernahme der Energieberater durch die KfW) erstattet werden.

77

78 • Anderslautende gesetzliche Regelungen/Vorschriften die die Unternehmen
79 grundsätzlich zur kostenfreien/ unentgeltlichen Mitwirkung und Erstellung
80 von Dokumentationen und Berichten verpflichten, sind entsprechend
81 anzupassen.

Begründung

Wer eine ausufernde Bürokratie stoppen will, muss die Verursacher der Kosten auf Seite der Unternehmer und Unternehmen zur Kasse zu bitten, sonst hört das nie auf! Nur mit solchen Forderungen können wir Freien Demokraten einer ausufernden Bürokratie Einhalt gebieten.

Für uns Freie Demokraten gilt: Jede Leistung muss fair vergütet werden!

Es kann nicht weiter hingenommen werden, dass insbesondere Kleinstunternehmer in eine Selbstaussbeutung, bis hin zur Insolvenz genötigt werden, während von Sozialverbänden und bestimmten Parteien für abhängig Beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Mindestlohn von 14,00 Euro und mehr pro Stunde gefordert wird. Selbst für jeden Einfamilienhausbesitzer ist es selbstverständlich, dass sein Energieberater letztendlich direkt von der KfW bezahlt wird. Gleiches könnte auch für alle anderen Fälle gelten, bei denen Berater zur Erfüllung der gesetzlichen Dokumentations- und Berichtspflichten hinzugezogen werden. **Selbst jeder Landwirt erhält**, wie unlängst argumentiert, **Subventionen**, um damit den Bürokratieaufwand zu kompensieren. Vor diesem Hintergrund dürfen auch alle anderen Unternehmer und Unternehmen vom Soloselbstständigen bis hin zum mittelständischen Unternehmen (KMU) eine Gleichbehandlung erwarten!

Größere Unternehmen sind dagegen eher in der Lage, die zusätzlichen Bürokratiekosten, durch einen vergleichsweise geringen Preisaufschlag auf ihre Dienstleistungen und Produkte, an ihre Kunden weiterzugeben.

Auswirkungen der Taxonomie:

Die Transformation der Wirtschaft hat, unter Federführung von Frau von der Leyen MdEP (Green Deal), mit Einführung der Taxonomie, hin zu mehr Nachhaltigkeit, sozialer Verantwortung, ethisch einwandfreier Unternehmensführung und weniger Ressourcenverbrauch und Konsum, bereits seit Jahren zu stetig steigenden Anforderungen der Politik an die Dokumentations- und Berichtspflichten, die zum Teil zunächst nur von großen, börsennotierten Unternehmen zu erbringen waren. Hierzu gehören auch die

Berichtspflichten nach den ESG-Richtlinien.

Ursächlich hierfür ist ein deutlich gestiegenes Misstrauen vieler EU-Politiker gegenüber dem Kapitalismus im Allgemeinen sowie gegenüber Unternehmern im Besonderen, verantwortungsvoll mit unserem Klima, unserer Erde, ihren Ressourcen und ihren Bewohnern umzugehen.

Immer mehr Kontrolle

Festzustellen ist dabei, dass international sowie auf EU- und nationaler Ebene von Politikern, von denen viele noch nie ein Unternehmen „von Innen“ kennengelernt, geschweige denn ein solches geführt haben, zunächst Dokumentations- und Berichtspflichten beschlossen werden, ohne dass sich die Gesetzgeber zuvor detailliert Gedanken darüber gemacht haben, wie diese Pflichten von den betroffenen Unternehmen umzusetzen und zu erfüllen sind. Hinzu kommen zahlreiche Vorgaben, allgemeinen Schulungen und Unterweisungen zu allen erdenkbaren Maßnahmen, die von entsprechend mehr oder minder qualifizierten Beratungs-Unternehmen verpflichtend und kostenpflichtig zu erdulden sind. Hinzu kommen Forderungen, immer weitere eigene Beauftragte (wie den beispielsweise den Trittleiterbeauftragten zusätzlich zum Sicherheitsbeauftragten) in den Unternehmen zu stellen und ausbilden zu lassen.

Mangelhafte digitale Unterstützung bei der Umsetzung der Berichtspflichten

Wer gehofft hat, dass die Gesetzgeber wenigstens einheitliche und einfach zu bedienende digitale Plattformen zur Erleichterung der Erfüllung der Dokumentations- und Berichtspflichten vor Inkrafttreten der jeweiligen Gesetze entwickelt haben, wurde und wird meist bitter enttäuscht.

Erschwerend kommt in Deutschland hinzu, dass eine einfache, bundesländerübergreifende Umsetzung in unserem föderalen System zumeist an den fehlenden technischen Schnittstellen zwischen den Landesbehörden scheitert. Selbst einheitlichen Dateneingabemasken bzw. Formulare fehlen noch Jahre nach Einführung der Gesetze und Richtlinien. Auch stellen die jeweils zuständigen Landesdatenschutzbeauftragten differenzierte und jeweils unterschiedlich strenge Anforderungen an die Dokumentations- und Berichtspflichten und Wege.

Daraus resultiert seit Jahren, auf allen Verwaltungsebenen, ein enormer Anstieg der Anzahl von Verwaltungsmitarbeitern sowie eine große Nachfrage nach entsprechend qualifizierten Mitarbeitern bei Verwaltung und den Unternehmen. Dies wiederum führt zu einem Beschäftigungs- Boom in den einschlägigen Beratungsbranchen, die sich in Folge dessen gegenseitig die jeweils angeblich spezialisierten Fachkräfte abwerben, bevor diese überhaupt ausreichend geschult und ausgebildet werden konnten. In Folge dessen steigen die Beratergehälter für die Beratungsunternehmen und die Beratungskosten für die Unternehmen steigen mit.

Unvorbereitete und überforderte Verwaltungen

Für die Verwaltungen hat der so erzeugte Fachkräftemangel in der Regel gravierenden Auswirkungen auf die Dauer von Verwaltungsabläufen.

Bürokratie schafft keinen Wohlstand sondern bremst ihn aus!

Grundsätzlich ist festzustellen, dass weder das Wachstum der Verwaltung, noch das Wachstum der Beraterbranchen, die zur Erfüllung der Kontrollaufgaben dienen, zu echter Wertschöpfung und solidem Wirtschaftswachstum führen. Das Gegenteil ist der Fall. Wäre unsere Bürokratie ein Exportprodukt, würde die gesamte Weltwirtschaft zum Erliegen kommen!

Zuviel Bürokratie ist existenzgefährdend für Soloselbständigen und Kleinstunternehmen

Grade Soloselbständige und sehr kleine (auch landwirtschaftliche) Unternehmen und Freiberufler sowie Hausärzte und Dienstleister im Allgemeinen, stellen diese Unternehmen bei der Erfüllung ihrer Dokumentations- und Berichtspflichten vor immer größere Herausforderungen. Hierbei ist insgesamt

festzustellen, dass die resultierenden Bürokratielasten umso schwerer wiegen, je kleiner die Betriebsgrößen sind. Wenn die kleinen Betriebe jedoch zwischenzeitlich rund 30% ihrer Arbeitszeit zur Bewältigung der Bürokratieaufgaben unentgeltlich aufwenden müssen, dann macht eine Unternehmensfortführung, auch nach Einschätzung der Finanzämter (Liebhaberei), oft keinen Sinn mehr.

Bürokratiekrake Lieferkettengesetz

Aktuell lässt sich auch vor dem Hintergrund der aktuellen Ausweitung des **EU- Lieferkettengesetzes** auf Abnehmer nicht erkennen, dass die EU beim Lieferkettengesetz für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) Erleichterungen von der Dokumentations- und Berichtspflicht vornehmen kann und will. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass letztendlich die Taxonomie und damit auch die ESG-Richtlinien für alle Unternehmensgrößenklassen gleichermaßen durchgängig gelten müssen um den gesetzten hohen Ansprüchen bei allen Produkten gerecht werden zu können. Denn sonst könnten alle größeren Unternehmen ja die Ziele unterlaufen, indem sie als Abnehmer massenhaft nicht dokumentations- und berichtspflichtige Subunternehmer vorschalten. Das Lieferkettengesetz greift somit, wie eine Krake, bis in die Ebene der Kleinstunternehmen hinein.

Andererseits sind kleine und mittelständischen Unternehmen schon aufgrund ihrer überschaubaren Größe deutlich transparenter als größere Unternehmen, bieten in der Regel eine bessere Übersicht, Verständlichkeit der Strukturen und Kontrollierbarkeit und können schon bei einer Einzelbetrachtung weitgehend von den Dokumentations- und Berichtspflichten befreit bleiben. Andernfalls wird das Schutzinteresse von Betriebsgeheimnissen der kleineren Unternehmen gegenüber den konkurrierenden größeren Unternehmen komplett unterlaufen.

Bürokratie ist ein Inflationstreiber und gefährdet den Wettbewerb!

Unternehmen müssen zur Kompensation der gestiegenen Bürokratiekosten versuchen, die erzeugten Produkte und erbrachten Dienstleistungen mit entsprechenden Preisaufschlägen anzubieten. Der benötigte Preisaufschlag für Waren und Dienstleistungen ist dabei umso höher, je kleiner das Unternehmen ist. Wird jedoch ein höherer Preisaufschlag vom Markt akzeptiert, dann profitieren hiervon insbesondere große Unternehmen deren Kosten unterproportional gegenüber ihren wirtschaftlich kleineren und schwächeren Wettbewerbern gestiegen sind.

Für Groß- und Industrieunternehmen mit mehr als 1.250 Beschäftigten sowie großen mittelständische Unternehmen entstehen durch steigende Bürokratielasten einerseits deutliche **Wettbewerbsvorteile gegenüber kleineren Unternehmen**, die Schwierigkeiten haben, diese Auflagen zu erfüllen, andererseits fehlen ihnen zunehmend die kleineren Unternehmen als Zulieferer oder Dienstleister. In Folge dessen wären große Unternehmen langfristig gezwungen, ihre Spezialisierung aufzugeben und mehr in der Breite zu wachsen.

Nicht nur die zum Teil divergierenden Umsetzungsmodalitäten der Dokumentations- und Berichtspflichten innerhalb der EU führen zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Unternehmen gleicher, sondern insbesondere auch zwischen allen Unternehmen unterschiedlicher Größenklassen.

Auch außerhalb der EU führen die Dokumentations- und Berichtspflichten nach der Taxonomie zu erheblichen **Wettbewerbsnachteilen gegenüber Staaten, die ganz eigene Vorstellungen von der Umsetzung der global vereinbarten Ziele haben**. So können bereits geringe Abweichungen zur Folge haben, dass beispielsweise die Vereinigten Staaten (USA) umfangreiche Lieferbeziehungen mit Saudi Arabien unterhalten, während die EU noch auf die unzureichende Menschenrechtssituation verweist und Geschäftsbeziehungen nach den ESG-Richtlinien kritisch beurteilt. Gleichzeitig liefert die Bundesregierung Eurofighter an Saudi Arabien und bezieht von dort künftig LNG-Gas und Wasserstoff.

Keine Auslagerung von Aufgaben der Politik auf Unternehmen!

Grundsätzlich ist die Außen- Wirtschafts- und Entwicklungshilfepolitik gefordert, ihre Ansprüche in den Herstellerländer von der jeweiligen Regierung umsetzen zu lassen. Dies können Zielvereinbarungen für Entwicklungshilfeszuschüsse, Handelsverträge und Zollabkommen sein.

Keine internationalen Handelsbeschränkungen für Unternehmen durch die Hintertür!

Grundsätzlich ist bei dem Lieferkettengesetz zu hinterfragen, ob die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen und Umweltstandards in den Herstellerländern wirklich **Aufgabe der jeweiligen Unternehmen** in den EU-Mitgliedsstaaten sein darf, während dies für viele andere Länder (beispielsweise China, Russland etc.) nicht gilt. Dies führt dann wiederum zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen der Unternehmen aus EU-Ländern gegenüber außereuropäischen Wettbewerbern.

Fazit:

Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Politik mit ihren Zielen zur Transformation der Wirtschaft bereits heute große Wirkung zeigt. Der ehemals wirtschaftlich starke Standort Deutschland und seiner in Europa einmalig verflochtenen mittelständischen Wirtschaft bis in die Großunternehmen und Industrie trifft es wirtschaftlich besonders. Es wird weniger produziert, weniger Energie verbraucht, CO₂ gespart, es wird weniger importiert, weniger exportiert, weniger konsumiert, es werden weniger Ressourcen verbraucht und die Umwelt geschützt. Gleichzeitig wird Alles teurer. Eine ehemals effiziente Wirtschaft wird durch Bürokratie gelähmt und zu Tode verwaltet.

Weitere Begründung: mündlich

Antrag 004: Landwirtschaft stärken – Europa stärken – Bürokratie abbauen

Antragsteller*in:	BV Eifel-Hunsrück
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Landwirtschaft in Deutschland und Europa muss zukunftsfähig gemacht werden.
- 2 Die derzeitigen vergleichbaren Probleme in den Landwirtschaften europäischer
- 3 Staaten sollen gemeinsam angegangen werden. Dies soll im Format des Weimarer
- 4 Dreiecks geschehen, also gemeinsam mit Frankreich und Polen.
- 5 Ziel ist der Abbau von Auflagen, die das wirtschaftliche Handeln
- 6 landwirtschaftlicher Betriebe einschränken. Die europäische Selbstversorgung mit
- 7 Produkten für eine gesunde Ernährung muss dauerhaft gesichert sein.
- 8 Die unterschiedlichen regionalen, topographischen und klimatischen Gegebenheiten
- 9 müssen berücksichtigt werden.

Begründung

In der jüngsten Zeit gibt es massive Proteste der Landwirtschaft insbesondere in Deutschland und Frankreich. Dahinter steht, wie Vertreter der Landwirtschaft immer wieder betonen, eine fortschreitende Existenzangst und Ermüdung aufgrund finanzieller Fragen aber insbesondere auch bürokratischer Auflagen. Derzeit führt dies dazu, dass vielerorts Generationenübergänge gefährdet sind. Dies betrifft insbesondere auch Landwirtschaft in topographisch oder klimatisch herausfordernden Regionen. Dort droht die Gefahr, dass Landwirtschaft nicht mehr oder nur noch in industriellem Maßstab stattfindet.

Auch in Polen sieht sich die Landwirtschaft akut bedroht, verstärkt durch den vereinfachten Marktzugang für ukrainische Produkte. Die neue polnische Regierung sucht in vielfältigen Bereichen den europäischen Schulterschluss. Es ist notwendig gerade dort und gerade jetzt den europäischen Gedanken zu stärken.

Vor diesem Hintergrund ist es geboten, das Weimarer Format wieder zu beleben und europäische Handlungsfähigkeit zu beweisen.

Antrag 005: Ukrainische Transkription ukrainischer Ortsnamen

Antragsteller*in:	BV Eifel-Hunsrück
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die offizielle Schreibweise ukrainischer Ortsnamen durch Ämter und Behörden der
- 2 Bundesrepublik Deutschland, insbesondere im Bundesamt für auswärtige
- 3 Angelegenheiten soll entsprechend der ukrainischen Transkription geändert
- 4 werden.

- 5 Insbesondere geht es dabei um die Ortsnamen der Dienstorte deutscher
- 6 Auslandsvertretungen (Botschaft der Bundesrepublik in Kiew – Kyiv oder Kyjiw,
- 7 Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Odessa – Odesa sowie Krim -
- 8 Krym). Da es für andere Städtenamen keine allgemeinen Richtlinien gibt, soll es
- 9 für diese seitens des Auswärtigen Amtes Empfehlungen geben, die der ukrainischen
- 10 Transkription entsprechen, wie zum Beispiel Tschornobyl, Lemberg oder Lwiw,
- 11 Iwano Frankiwsk, Ternopil, Schytomyr, Babyn Jar, Boryspil, Tscherkasy,
- 12 Mykolajiw, Wassyliwka, Manhusch, Luhansk, Dnipro, Charkiw, Ochtyrka,
- 13 Tschernihiw, Kremenschuk und weitere.

Begründung

Die Freiheit beginnt bereits in der richtigen Schreibweise. Viele deutsche Ortsbezeichnungen für ukrainische Städte sind das Ergebnis der russischen (ehemals u.a. sowjetischen) Transkription der russischen Schreibweise in das lateinische Alphabet. Am Beispiel der ukrainischen Hauptstadt, die bislang in der Bundesrepublik Kiew geschrieben wird ist es deutlich zu erkennen, dass es jetzt mehr denn je notwendig ist, eine Änderung auf dem offiziellen Wege durchzuführen. Dabei besteht die Möglichkeit, die bereits international etablierte englische Variante Kyiv zu übernehmen bzw. Kyjiw, was der ukrainischen Transkription entsprechen würde.

Dadurch würde u.a. auch ein klares Signal der Unterstützung und des Einsehens der jahrhundertlangen Unterdrückung der Ukraine durch Russland zum Ausdruck gebracht werden. Denn die in Europa verbreitete Schreibweise - Kiew, beziehungsweise Kiev - leitet sich vom russischen Begriff Киев (Kiew) ab. Im englischsprachigen Raum hat sich Kyiv durchgesetzt, abgeleitet vom ukrainischen Київ (Kyjiw).

Es wäre ein deutliches und starkes Symbol dafür, dass es im deutschsprachigen Raum die Ukraine nicht länger als eine ewige Kolonie oder einen Satelliten Russlands wahrgenommen wird, sondern als eigenständiger Staat mit einer eigenen reichhaltigen Sprache.

Ähnlich sieht es der deutsche Botschafter in der Ukraine, Martin Jäger, der des Öfteren zum Ausdruck bringt, dass die von vielen deutschen Medien verwendete Schreibweise Kiew angepasst werden müsse.

Antrag 006: Aufkommensneutrale Grundsteuer - Absenkung des Nivellierungssatz

Antragsteller*in:	KV Mainz-Stadt (LV Rheinland-Pfalz)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1
- 2 Die FDP soll sich dafür einsetzen,
- 3 den Nivellierungssatz des kommunalen Finanzausgleiches für die Grundsteuer B
- 4 soweit angemessen zu senken, dass das Ziel der Aufkommensneutralität erreicht
- 5 werden kann.

Begründung

Es besteht allseits politisch Einvernehmen, dass die Reform der Grundsteuer B „aufkommensneutral“ erfolgen soll.

Der Grundsteuerhebesatz der Kommunen steht in Wechselwirkung zu dem Nivellierungssatz des Kommunalenfinanzausgleichs. Der Nivellierungssatz markiert den Standardhebesatz im Landesausgleichsgesetz, an dem sich die Verrechnung des Kommunalen Finanzausgleichs zwischen den Kommunen orientiert.

Der Nivellierungssatz wurde 2022 auf 465 Prozent festgesetzt.

Dies gibt den Kommunen derzeit wenig Spielraum, das Versprechen der Aufkommensneutralität einzulösen, wenn sich bereits aus den Grundsteuermessbescheiden abzeichnet, dass bei gleichbleibendem Hebesatz die Summe des Steueraufkommens deutlich steigen wird.

Die Koalitionsparteien der Landesregierung haben sich (Seite 176) im Koalitionsvertrag auch zur aufkommensneutralen Reform verpflichtet:

„Die Grundsteuer ist eine Steuer, von der fast alle Bürger:innen betroffen sind. Wir werden weiter die erforderlichen Schritte unternehmen, um die Grundsteuerreform nach dem bundesgesetzlich vorgesehenen Modell für die Steuerverwaltung effizient und für die Bürger:innen schonend umzusetzen; dazu gehört die Teilnahme an der Erarbeitung der entsprechenden automationstechnischen Grundlagen zusammen mit den übrigen Ländern. Die Kommunen sollen rechtzeitig in die Lage versetzt werden, ihre Hebesätze anzupassen, um eine insgesamt aufkommensneutrale Reform sicherzustellen.“

Es ist uns Liberalen ein Anliegen, unseren Beitrag zur Einlösung des Versprechens der „Aufkommensneutralität“ beizutragen.

Gerade wenn es sich abzeichnet, dass es gerade in den Ballungsgebieten für die Mehrheit der Bürger es zu Kostensteigerungen kommen wird, denen durch eine angemessene Hebesatzsenkung begegnet werden kann.

Im Zuge dessen sei noch darauf hinzuweisen, dass auch die Kommunalaufsicht zukünftig „einen aufkommensneutralen Hebesatz auf Dauer“ zuzulassen sollte, damit die Kommunen auch das Versprechen dauerhaft einlösen können.

Antrag 007: Soloselbständigen und KMU den gesetzlich auferlegten Zeitaufwand und Fremdkosten vergüten!

Antragsteller*in:	KV Mainz-Stadt (LV Rheinland-Pfalz)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 • **Wir Freie Demokraten fordern**, die ausufernde Bürokratie im Allgemeinen
2 sowie insbesondere im Rahmen der Taxonomie und des Lieferkettengesetzes,
3 auf EU- und nationaler Ebene deutlich zu reduzieren und für alle
4 Unternehmen mit weniger als 1.250 Beschäftigten (KMU) die verbleibenden
5 Bearbeitungszeiten angemessen zu vergüten. Entsprechend dem
6 Verursacherprinzip sind alle Kosten und Leistungen, die zur Bewältigung der
7 rechtlich auferlegten Dokumentations- und Berichtspflichten erforderlich
8 sind, zu vergüten und zu erstatten. Ebenso müssen die Zeiten für
9 verpflichtende Schulungsmaßnahmen angemessen vergütet sowie verpflichtende
10 Beratungskosten, die der Erfüllung von Dokumentations- und
11 Berichtspflichten dienen, steuerneutral (entsprechend der Kostenübernahme
12 für Energieberater durch die KfW) erstattet werden.
- 13 • Anderslautende gesetzliche Regelungen und Vorschriften, die die Unternehmen
14 grundsätzlich zur kostenfreien, bzw. unentgeltlichen Mitwirkung und
15 Erstellung von Dokumentationen und Berichten verpflichten, sind
16 entsprechend anzupassen.

Begründung

Wer eine ausufernde Bürokratie stoppen will, muss die Verursacher der Kosten, die auf Seiten der Unternehmer und Unternehmen entstehen, entsprechend dem Grundsatz „Keine Leistung ohne Gegenleistung“ zur Kasse zu bitten können. Nur mit solchen Forderungen können wir Freien Demokraten einer ausufernden Bürokratie noch effektiv Einhalt gebieten.

Für uns Freie Demokraten gilt: Jede erbrachte Leistung muss fair vergütet werden!

Es kann nicht weiter hingenommen werden, dass insbesondere Soloselbständige und Kleinstunternehmer in eine Selbstausschöpfung, bis hin in die Insolvenz, genötigt werden während von Sozialverbänden und bestimmten Parteien für abhängig Beschäftigte ein Mindestlohn von 12,41 Euro und mehr pro Stunde gefordert wird. Selbst für jeden Einfamilienhausbesitzer ist es selbstverständlich, dass sein Energieberater letztendlich direkt von der KfW bezahlt wird. Gleiches könnte auch für alle anderen Fälle gelten, bei denen Berater zur Erfüllung der gesetzlichen Dokumentations- und Berichtspflichten hinzugezogen werden.

Selbst jeder Landwirt erhält, wie unlängst argumentiert, **Subventionen**, um damit den eigenen Bürokratieaufwand zu kompensieren. Vor diesem Hintergrund dürfen auch alle anderen Unternehmer und Unternehmen vom Soloselbständigen bis hin zum mittelständischen Unternehmen (KMU) eine Gleichbehandlung erwarten!

Große Unternehmen sind dagegen eher in der Lage, die zusätzlichen Bürokratiekosten durch einen vergleichsweise geringen Preisaufschlag auf ihre Dienstleistungen und Produkte an ihre Kunden weiterzugeben. Dies verschafft ihnen jedoch ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile gegenüber allen kleinen und mittelständischen Mitbewerbern im Markt, die nicht über einen vergleichbar hohen

Beschäftigtenstand verfügen. Es ist deshalb ein Fehler, bei allen Gesetzesvorlagen, die zu einem höheren Bürokratieaufwand führen, nur die großen Wirtschaftsverbände um ihre Stellungnahme zu bitten, während insbesondere die kleinen Unternehmen keine Lobby haben.

Bürokratie ist ein Inflationstreiber und gefährdet den Wettbewerb auf allen Ebenen!

Unternehmen müssen zur Kompensation der gestiegenen Bürokratiekosten versuchen, die erzeugten Produkte und erbrachten Dienstleistungen mit entsprechenden Preisauflschlägen anzubieten. Der benötigte Preisauflschlag für Waren und Dienstleistungen ist dabei umso höher, je kleiner das Unternehmen ist. Wird jedoch ein höherer Preisauflschlag vom Markt akzeptiert, dann profitieren hiervon insbesondere große Unternehmen, deren Kosten unterproportional gegenüber ihren wirtschaftlich kleineren und schwächeren Wettbewerbern gestiegen sind. In diesem Fällen fördert Bürokratie auch inflatorische Tendenzen.

Für Groß- und Industrieunternehmen mit mehr als 1.250 Beschäftigten sowie für große mittelständische Unternehmen mit weniger als 1.250 Beschäftigten entstehen durch steigende Bürokratielasten deutliche Wettbewerbsvorteile gegenüber kleineren Unternehmen, die Schwierigkeiten haben, diese Auflagen personell abzarbeiten.

Dies ist beispielsweise auch ein Grund, warum bestimmte Wirtschaftsverbände zunächst keine Bedenken bei der Anhörung zu neuen Auflagen äußern. Andererseits fehlen ihnen im zweiten Schritt dann zunehmend die kleineren Unternehmen als Zulieferer oder Dienstleister, die sich aus wirtschaftlichen Überlegungen vom Markt verabschieden mussten. Infolgedessen sind große Unternehmen langfristig gezwungen, ihre Spezialisierung aufzugeben und mehr in der Breite zu wachsen.

Darüber hinaus führen die zum Teil divergierenden Umsetzungsmodalitäten der Dokumentations- und Berichtspflichten innerhalb und erst recht außerhalb der EU-Mitgliedsstaaten nicht nur zu Wettbewerbsverzerrungen zwischen den Unternehmen gleicher, sondern insbesondere auch zwischen allen Unternehmen unterschiedlicher Größenklassen.

Das vorrangige Ziel, Bürokratie drastisch zu reduzieren, kann nach unserer Auffassung erst dann erreicht werden wenn die Kostenverursacher auch die Kosten erstatten müssen. Das daraus (HOFFENTLICH) entstehende Kostenbewusstsein zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben wird auch dazu führen, dass die Gesetzgeber auch (digitale) Lösungen zur Erfüllung der Dokumentations- und Berichtspflichten auf EU-Bundes- und Länderebene entwickeln lassen und kostenlos zur Verfügung stellen.

ANNEX:

Bürokratie ist bevormundend und macht unfrei!

1. Auswirkungen der Taxonomie:

Die Transformation der Wirtschaft hat unter Federführung von Frau von der Leyen MdEP (Green Deal) mit Einführung der Taxonomie und der ESG-Regulierung, hin zu mehr Nachhaltigkeit, sozialer Verantwortung, ethisch einwandfreier Unternehmensführung, weniger Ressourcenverbrauch und Konsum bereits seit Jahren zu stetig steigenden Anforderungen an die Dokumentations- und Berichtspflichten geführt. Diese galten anfänglich überwiegend nur für die großen, börsennotierten Unternehmen, müssen jedoch bei konsequenter Anwendungen auf alle Unternehmen unabhängig von ihrer tatsächlichen Unternehmensgröße zur Umsetzung kommen.

Ursächlich für diesen Dirigismus ist offensichtlich ein deutlich gestiegenes Misstrauen vieler EU-Politiker und NGO's gegenüber dem Kapitalismus im Allgemeinen, sowie gegenüber Unternehmern und Menschen mit überdurchschnittlich hohen Einkommen im Besonderen, denen abgesprochen wird, verantwortungsvoll mit unserem Klima, unserer Erde, ihren Ressourcen und ihren Bewohnern umgehen zu können.

Als effektives Lenkungs- und Steuerungsinstrument dient bei konsequenter Anwendung der Taxonomie-Richtlinien die Regulierung der Unternehmensfinanzierungen über Banken, Aktienmärkten, Versicherungen und Fonds.

Doch auch hier hinkten und hinken die politischen Anforderungen und Vorgaben zur Umsetzung durch die Wirtschaft, der Regulierungsgesetzgebung hinterher. Infolgedessen kommt es – im Sinne eines vorseilenden Gehorsams – zu unangemessenem Verhalten der Finanzinstitute gegenüber den Wirtschaftsunternehmen, bevor überhaupt die Richtlinien final ausformuliert sind. Konkret führt dies dazu, dass Unternehmen der Zugang zu Kapital erschwert wird, wenn Sie in Länder investieren wollen, in denen die Menschenrechtslage nicht dem EU-Standard entspricht. Und dies, obwohl die Bundesregierung, wie im Falle Saudi-Arabien, Kampfjets liefert und von dort Wasserstoff beziehen will. Dies führt wiederum zu steigender Unsicherheit bei den Entscheidern in den Unternehmen. Im Zweifel werden darauf hin, um kein Risiko einzugehen, Geschäftsmöglichkeiten mit potenziellen Geschäftspartnern im Ausland lieber doch nicht ergriffen.

Gleiches gilt bei dem **Geldwäschegesetz**. Auch hier werden zahlreiche Unternehmen und Dienstleister per Gesetz verpflichtet, umfangreiche Nachforschungen über ihre Geschäftspartner vorzunehmen, einen eventuellen Verdacht zu prüfen und den Kunden bei der FIU zu melden. Dazu werden bei den Finanzinstituten mit Hilfe von KI ungewöhnliche Transaktionen herausgefiltert, Verdachtsfälle bei den Aufsichtsbehörden gemeldet und die fraglichen Konten zunächst eingefroren. Dies geschieht über die vorgesehene Frist von drei Tagen hinaus auch dann, wenn gar kein Ermittlungsverfahren einleitet wird. Automatisch unter Verdacht geraten hierbei alle Kontoinhaber, die eine ungewöhnliche Transaktion, wie beispielsweise den privaten Verkauf eines Fahrzeugs über Bareinzahlungen ab 2.500 Euro abwickeln, ohne vorher alle Dokumente der Hausbank vorgelegt und die Transaktion glaubhaft gemacht zu haben. Betroffene bekommen die Kontensperre erst dann, wie jüngst das Handelsblatt berichtete, oft nur mit anwaltlicher Hilfe wieder frei. Die Finanzinstitute folgen dabei den Auflagen der FIU und des BaFin, können aber selbst nicht wegen einer unverhältnismäßig langen Kontensperre belangt werden. Das kennt man eigentlich nur von autokratischen Staaten!

2. Ungezügelter und unangemessener Kontrollzwang

Festzustellen ist, dass international sowie auf EU- und nationaler Ebene von Politikern, von denen viele noch nie ein Unternehmen „von Innen“ kennengelernt, geschweige denn ein solches geführt haben, zunächst Dokumentations- und Berichtspflichten beschlossen werden, ohne dass sich die Gesetzgeber und Aufsichtsbehörden zuvor detailliert Gedanken darüber gemacht haben, wie diese Pflichten von den betroffenen Unternehmen überhaupt umzusetzen und zu erfüllen sind.

Hinzu kommen zahlreiche gesetzliche Vorgaben, wie durchzuführende Schulungen und Unterweisungen zu allen erdenklichen Maßnahmen, die von entsprechend mehr oder minder qualifizierten, jedoch gesetzlich zertifizierten Beratungsunternehmen gesetzlich verpflichtend und kostenpflichtig von den berichtspflichtigen Unternehmern und Unternehmen zu erdulden sind. Hinzu kommen weitere behördliche Auflagen, wie beispielsweise immer mehr unternehmensinterne Beauftragte (beispielsweise den Trittleiterbeauftragten - zusätzlich zum Sicherheitsbeauftragten), in den eigenen Unternehmen zu benennen, (frei-) zu stellen und ausbilden zu lassen.

3. Die mangelhafte digitale Unterstützung der Behörden zur Erfüllung der Berichtspflichten führt zu einem Mangel an Fachkräften, die bei umsichtiger Planung gar nicht benötigt würden.

Wer gehofft hat, dass die Gesetzgeber sich wenigstens Gedanken über einheitliche und einfach zu bedienende digitale Plattformen zur Erleichterung der Erfüllung der Dokumentations- und Berichtspflichten vor Inkrafttreten der jeweiligen Gesetze gemacht haben, wurde und wird meist bitter enttäuscht.

Erschwerend kommt in Deutschland hinzu, dass eine einfache, bundesländerübergreifende Umsetzung in unserem föderalen System zumeist an fehlenden technischen Schnittstellen zwischen den Landesbehörden scheitert. Selbst einheitliche Dateneingabemasken bzw. Formulare fehlen noch Jahre nach Einführung von Gesetzen und Richtlinien. Auch stellen die jeweils zuständigen Landesdatenschutzbeauftragten unterschiedliche (strenge) Anforderungen an die Dokumentations- und Berichtspflichten sowie deren Abläufe.

Daraus resultiert seit Jahren auf allen Verwaltungsebenen ein enorm hoher Bedarf an entsprechend ausgebildeten Verwaltungsmitarbeitern. Gleichzeitig entsteht eine noch größere Nachfrage nach entsprechend qualifizierten Mitarbeitern in den Unternehmen. Dies wiederum führt zu einem Beschäftigungsboom in den einschlägigen Beratungsbranchen, die sich infolgedessen gegenseitig die jeweils spezialisierten Fachkräfte abwerben, bevor diese überhaupt ausreichend geschult und ausgebildet werden konnten. Infolgedessen steigen wiederum die Beratergehälter in den Beratungsunternehmen und die **Beratungskosten für die Unternehmen** steigen mit.

Für die Verwaltungen hat der so erzeugte Fachkräftemangel wegen unbesetzter Stellen gravierende Auswirkungen auf die Dauer von Verwaltungsabläufen.

4. Bürokratie schafft keinen Wohlstand, sondern bremst ihn aus!

Grundsätzlich ist festzustellen, dass weder das Wachstum der Verwaltung, noch das Wachstum der Beraterbranchen, die zur Erfüllung der Kontrollaufgaben benötigt werden, zu echter Wertschöpfung und solidem Wirtschaftswachstum führen. Das Gegenteil ist der Fall. Wäre unsere Bürokratie ein Exportprodukt, würde die gesamte Weltwirtschaft zum Erliegen kommen!

5. Zuviel Bürokratie ist existenzgefährdend für Soloselbständige und Kleinstunternehmen

Gerade Soloselbständige und sehr kleine (auch landwirtschaftliche) Unternehmen sowie Freiberufler, Hausärzte und Dienstleister im Allgemeinen stellen diese Unternehmen bei der Erfüllung ihrer Dokumentations- und Berichtspflichten vor immer größere Herausforderungen. Hierbei ist insgesamt festzustellen, dass die resultierenden Bürokratielasten umso schwerer wiegen, je kleiner die Betriebsgrößen sind. Wenn die kleinen Betriebe jedoch zwischenzeitlich rund 30% ihrer Arbeitszeit zur Bewältigung der Bürokratieaufgaben unentgeltlich aufwenden müssen, dann macht eine Unternehmensfortführung, selbst nach Einschätzung der Finanzämter (wegen Liebhaberei), oft keinen Sinn mehr.

6. Bürokratiekrake: Lieferkettengesetz

Aktuell lässt sich vor dem Hintergrund der aktuellen Ausweitung des EU-Lieferkettengesetzes auf Abnehmer nicht erkennen, dass die EU beim Lieferkettengesetz bei den Kleinst-, kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) überhaupt Ausnahmen oder Erleichterungen von der Dokumentations- und Berichtspflicht vornehmen kann und will. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass letztendlich die Taxonomie und damit auch die ESG-Richtlinien für alle Unternehmensgrößenklassen gleichermaßen durchgängig gelten müssen, um den gesetzten hohen Ansprüchen des Lieferkettengesetzes bei allen Produkten gerecht werden zu können. Denn sonst könnten alle größeren Unternehmen die gesetzlich definierten Ziele unterlaufen, indem sie als Abnehmer massenhaft nicht dokumentations- und berichtspflichtige Subunternehmer vorschalten. Das Lieferkettengesetz greift somit wie eine „Krake“ bis in die unterste Ebene von Kleinstunternehmen hinein. Auch das Schutzinteresse von Betriebsgeheimnissen und Interna der kleineren Unternehmen gegenüber den konkurrierenden größeren Unternehmen wird so komplett unterlaufen.

Aber auch außerhalb der EU führen die Dokumentations- und Berichtspflichten nach der Taxonomie und den ESG-Richtlinien bis hin zum Lieferkettengesetz zu erheblichen **Wettbewerbsnachteilen gegenüber Staaten, die ganz eigene Vorstellungen von der Umsetzung der global vereinbarten Ziele haben.** So

können bereits geringe Abweichungen zur Folge haben, dass beispielsweise die Vereinigten Staaten von Amerika umfangreiche Lieferbeziehungen mit Saudi Arabien unterhalten, während die EU noch auf die unzureichende Menschenrechtslage verweist und Geschäftsbeziehungen nach den ESG-Richtlinien kritisch beurteilt.

7. Keine internationalen Handelsbeschränkungen für Unternehmen durch die Hintertür!

Grundsätzlich ist bei dem Lieferkettengesetz zu hinterfragen, ob die Durchsetzung besserer Arbeitsbedingungen und Umweltstandards in den Herstellerländern wirklich **Aufgabe der jeweiligen Unternehmen** in den EU-Mitgliedsstaaten sein darf, während dies für viele andere Länder (beispielsweise China, Russland etc.) nicht gilt. Denn so wird sich grundsätzlich in den Herkunftsländern nicht viel ändern. Es besteht vielmehr die Gefahr, dass in den Herkunftsländern potemkinsche Dörfer für die EU-Unternehmen entstehen, die alle der EU-Taxonomie unterliegen, während die bestehenden Produktionsbedingungen für den Rest der Welt beibehalten werden. Dies führt infolgedessen wiederum zu erheblichen Wettbewerbsnachteilen der Unternehmen aus EU-Ländern gegenüber außereuropäischen Wettbewerbern.

8. Keine Auslagerung von originären Aufgaben der Politik auf Unternehmen!

Grundsätzlich ist die Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungshilfepolitik gefordert, ihre Ansprüche an Werte und Normen in den Herstellerländer von der jeweiligen Regierung vor Ort umsetzen zu lassen. Dies können Zielvereinbarungen für Entwicklungshilfezuschüsse, Handelsverträge und Zollabkommen sein. Nur so erreicht man vor Ort vergleichbare Wettbewerbsbedingungen für Alle.

Fazit:

Es ist festzustellen, dass die EU-Politik mit ihren Zielen zur Transformation der Wirtschaft bereits heute große bürokratische und wettbewerbsverzerrende Auswirkungen zeigt. Der ehemals wirtschaftlich starke Standort Deutschland und seiner in Europa einmalig verflochtenen mittelständischen Wirtschaft bis in die Großunternehmen und Industrie hinein treffen sie wirtschaftlich besonders.

Es wird zwar in Deutschland weniger produziert, weniger Energie verbraucht, CO₂ gespart, weniger exportiert, weniger importiert, weniger konsumiert, lokal weniger Ressourcen verbraucht und die Umwelt lokal geschützt. Doch gleichzeitig schrumpfen die heimische Wirtschaft und der Wohlstand.

Der Rest der Welt schaut kopfschüttelnd zu und zeigt uns eindrucksvoll, wie man pragmatisch, technologieoffen und durchdacht mit der Transformation in eine ökologische Zukunft auch Geld verdienen und Wohlstand schaffen kann, ohne dabei eine ehemals effiziente und gut strukturierte Volkswirtschaft durch Bürokratie zu lähmen und zu Tode zu verwalten.

Eine Gesellschaft in der alle nur noch entsprechend den bürokratischen Vorgaben handeln ist eine entmenschlichte und entmündigte Gesellschaft der die Fähigkeit zur Eigenverantwortung abgesprochen wurde.

Antrag 008: Einheit in Vielfalt: Europäische Identität in Rheinland-Pfalz

Antragsteller*in:	Landesvorstand Junge Liberale RP (LV Rheinland-Pfalz)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 Rheinland-Pfalz liegt im Herzen Europas. Die Europäische Union ist das
2 erfolgreichste Friedens- und Wohlstandsprojekt der Geschichte. Wir treten für
3 die europäischen Werte wie Freiheit, Frieden, Gleichheit, Demokratie,
4 Weltoffenheit, wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand ein. Unser Alltag ist
5 davon geprägt, dass wir gemeinsam und über Grenzen hinweg reisen, arbeiten,
6 lernen und leben. Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter
7 ausbauen, weil wir überzeugt sind, dass nur gemeinsames, solidarisches Handeln
8 und gemeinsames Krisenmanagement zum Erfolg führen.

9 Die Freien Demokraten wollen die Zukunft Europas mitgestalten – kreativ, offen
10 und zuversichtlich. Wir tragen zur Verwirklichung und Weiterentwicklung eines
11 geeinten Europas bei, das demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und
12 föderativen Grundsätzen sowie dem Grundsatz der Subsidiarität verpflichtet ist,
13 die Eigenständigkeit der Regionen wahrt und deren Mitwirkung an europäischen
14 Entscheidungen sichert. Wir stehen für eine Zusammenarbeit mit anderen
15 europäischen Regionen und unterstützen und fördern grenzüberschreitende
16 Kooperationen.

17 Als Rheinland-Pfalz leben und lieben wir Europa – mit direkten Grenzen zu
18 Frankreich, Luxemburg und Belgien erleben wir jeden Tag, welche Vorteile ein
19 geeintes Europas mit sich bringt. Rheinland-Pfalz liegt im geografischen Zentrum
20 von Europa – diese Chance müssen wir nutzen und das europäische Verständnis der
21 Bürgerinnen und Bürger ausbauen! In Rheinland-Pfalz ist Europa Teil der
22 Identität. Dafür stehen wir Freie Demokraten!

23 **1. Europäische Bildung in Rheinland-Pfalz**

24 Europa muss auch gelernt werden. Wir wollen europapolitische Bildung in der
25 schulischen Bildung durch die Unterstützung von Projekten und
26 Austauschprogrammen stärken. Dafür erweitern wir das Netzwerk der Europaschulen,
27 bauen die Europawoche aus und fördern weitere Schülerbegegnungen nach Brüssel
28 und Straßburg. Auch für Lehrkräfte möchten wir die Aus- und Fortbildungen durch
29 europäische Netzwerke stärken und gegenseitige Hospitationen ermöglichen. Eine
30 europäische Haltung kann am ehesten von leidenschaftlichen Europäerinnen und
31 Europäern vermittelt werden.

32 **Bilinguale Kindertagesstätten**

33 Die Freien Demokraten Rheinland-Pfalz begrüßen bilinguale Angebote in
34 Kindertagesstätten, um Kinder schon früh an mehrere Sprachen zu gewöhnen und
35 langsam heranzuführen. Gerade in dieser Lebensphase entwickeln Kinder
36 grundlegende kognitive, sprachliche, motorische und soziale Fähigkeiten, die sie
37 für ihr weiteres Leben benötigen. In einer globalisierten Welt wird

38 interkulturelle Kompetenz und Mehrsprachigkeit immer mehr an Bedeutung erlangen.
39 Durch das frühe Erlernen einer zweiten Sprache kommen Kinder schon von Beginn an
40 mit anderen Kulturen und Denkweisen in Berührung.

41 **Bilingualer Unterricht**

42 Ein hohes englisches Sprachniveau deutscher Fachkräfte verstärkt Anreize für
43 Investitionen in unsere Wirtschaft und ist eine der Grundlagen für europäische
44 und internationale Freundschaften. Bildungsinitiativen für bilingualen
45 Unterricht in Fächern wie Erdkunde, Geschichte, Politik und Wirtschaft zeigen
46 zunehmend ihren Erfolg. Wir unterstützen diese Mehrsprachigkeit ausdrücklich und
47 machen uns für eine Ausweitung dieser Angebote in Rheinland-Pfalz stark.

48 **Europaschulen**

49 Wir wollen, dass Schulen vor Ort bei der Zertifizierung als Europaschule
50 unterstützt werden. Wir möchten junge Menschen möglichst früh an Europa und
51 dessen Werte heranführen. Dadurch erhalten Schülerinnen und Schüler die
52 Möglichkeit, schon während ihrer Schulzeit vom Netzwerk der Europaschulen
53 ganzheitlich zu profitieren und wertvolle internationale Erfahrungen zu sammeln.
54 Europaschulen sollen darüber hinaus in lokale Städtepartnerschaften eingebunden
55 werden, um den Austausch mit den Partnerstädten zu stärken und die Vorteile der
56 Europaschulen besser zu nutzen.

57 **Von Rheinland-Pfalz in die Welt – ERASMUSfördern**

58 Wir Freie Demokraten bekennen uns zum ERASMUS-Programm, wollen dieses stärken,
59 bürokratische Hürden abbauen und Antragssteller unterstützen. Wir werden uns
60 dafür einsetzen europäische Studiengänge und Ausbildungen auszuweiten und
61 grenzüberschreitende Programme im Bereich der Berufsbildung weiterzuentwickeln.
62 Der Austausch ermöglicht ideellen, kulturellen und wissenschaftlichen Dialog
63 zwischen den vielfältigen Völkern des Kontinents. Der Nachwuchs für die
64 Binnenwirtschaft muss ihrem unentbehrlich europäischen Charakter entspringen.
65 Dafür müssen auch schulische und berufliche Leistungen innerhalb der EU
66 schneller gegenseitig anerkannt werden.

67

68 **2. Europäische Freundschaften in Rheinland-Pfalz**

69 **Deutsch-Französische Freundschaft als Fundament**

70 Die Deutsch-Französische Freundschaft gilt als Fundament der Europäischen Union.
71 Wir begrüßen die Gründung der Deutsch-Französisch-Parlamentarischen-Versammlung
72 und wollen die Beziehungen mit Frankreich weiter vertiefen. Hier sind auch
73 Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten auf kommunaler und Landesebene sinnvoll.
74 Insbesondere in den Grenzregionen wollen wir Sprachbarrieren abbauen und
75 multilateralen Austausch durch grenzüberschreitende Veranstaltungen und Aktionen
76 fördern.

77 **Städtepartnerschaften**

78 Jede Kommune in Rheinland-Pfalz soll zukünftig eine Städtepartnerschaft mit
79 einer anderen europäischen Stadt aufbauen, pflegen und regelmäßige Treffen und
80 Feiern organisieren. Städtepartnerschaften sollen gefördert werden, indem das
81 bestehende Netzwerk genutzt und erweitert wird. Die Ukraine hat bereits Schritte

82 zur Aufnahme in die EU unternommen. Wir befürworten ausdrücklich die Etablierung
83 rheinland-pfälzisch-ukrainischer Städtepartnerschaften, um den Austausch gerade
84 jetzt zu pflegen und zu intensivieren.

85 **Transatlantische Beziehungen**

86 Ein starkes Europa braucht starke Verbündete. Die transatlantische Partnerschaft
87 der USA mit der EU und NATO ist ein Garant für Frieden und Wohlstand in Europa
88 für die Mitglieder dieser Organisationen. Mit der US-Präsenz in Rheinland-Pfalz
89 geht eine besondere Verantwortung und Chance einher, das transatlantische
90 Verhältnis, genauso wie das deutsch-amerikanische Zusammenleben, in unseren
91 Kommunen positiv zu gestalten. Wir bekennen uns zur transatlantischen
92 Freundschaft und den einhergehenden Dialog. Gerade in spannungsgeladenen Zeiten
93 sind internationaler Austausch und kulturelle Verständigung unter demokratischen
94 Kräften essenziell. Wir wollen deshalb die vielfältige und erfolgreiche
95 Kooperation mit den amerikanischen Standorten in Rheinland-Pfalz fortsetzen. Bei
96 unseren transatlantischen Aktivitäten wollen wir die Expertise der Atlantischen
97 Akademie in Kaiserslautern weiter nutzen.

98 **Ruanda als Partner für Rheinland-Pfalz**

99 Die Graswurzelpartnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda besteht
100 mittlerweile seit über 40 Jahren. Sie ist ein Musterbeispiel für eine gute
101 Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Europa und Afrika. Dieses Modell ist in
102 Deutschland einzigartig. Seit Beginn der Partnerschaft wurden über 2000 Projekte
103 in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Wissenschaft und Wirtschaft gefördert,
104 wobei immer zuerst an die Bedürfnisse der Menschen vor Ort gedacht wird. Diese
105 Partnerschaft bereichert Rheinland-Pfalz in seiner politischen Kultur, weshalb
106 wir sie fortführen und nachhaltig stärken wollen.

107

108 **3. Europäische Wirtschaft: Made in RLP**

109 **Fach- und Arbeitskräfteeinwanderung**

110 Der Fach- und Arbeitskräftemangel ist die aktuell größte Fessel für das
111 Potenzial unserer Wirtschaft. Wir sehen Migration als Chance diesen zu bekämpfen
112 und setzen uns für eine gezielte Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung ein. Unser
113 ganzheitlicher Ansatz in der Migrationspolitik zeichnet sich durch eine enge
114 Verbundenheit mit Schutzbedürftigen aus, unterstützt aktiv die Belange unserer
115 Kommunen in Bezug auf die Flüchtlingsaufnahme und legt hohen Wert auf die
116 rechtsstaatliche Integrität im Zusammenhang mit dem Aufenthaltsrecht. Unser
117 Hauptanliegen besteht darin, denjenigen, die mit positiven Perspektiven zu uns
118 kommen, rasch die Möglichkeit zu bieten, eigenständig und eigenverantwortlich in
119 ihrem neuen Lebensumfeld Fuß zu fassen.

120 **Orientierungsvisum für Absolventen der weltweit besten Universitäten**

121 Auf europäischer Ebene wollen wir Freie Demokraten uns dafür einsetzen, dass ein
122 einjähriges Orientierungsvisum für Absolventen der weltweit besten 200
123 Universitäten eingeführt wird, welches eine EU-weite bedingungslose
124 Arbeitserlaubnis enthält. Dadurch wollen wir dem Brain Drain entgegenwirken und
125 in Rheinland-Pfalz dafür werben die besten Köpfe in unsere Wirtschaftsbranchen,

126 insbesondere im IT- und Pharmabereich, zu integrieren.

127 **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit**

128 Die Freien Demokraten wollen bürokratische Hürden auf europäischer Ebene durch
129 eine intensivere grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Digitalisierung
130 abbauen. Darüber hinaus wollen wir grenzüberschreitende
131 Ausbildungsmöglichkeiten, insbesondere in Handwerk, Handel, Gastronomie und
132 Industrie, ermöglichen, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

133 **Klimaneutrale Wirtschaft**

134 Der Klimawandel ist die größte Bedrohung unserer und nachfolgender Generationen.
135 Gleichzeitig ist ein nachhaltiges, klimaneutrales Leben die größte Chance für
136 unsere Lebensqualität. Günstige Energie, saubere Luft, leise Innenstädte und
137 Wirtschaftswachstum durch moderne Technologien sind unsere Visionen einer
138 klimaneutralen Zukunft. Daher setzen wir uns in Rheinland-Pfalz für eine
139 vollumfängliche Umsetzung der ambitionierten, jedoch sinnvollen Maßnahmen des
140 European Green Deals, ein. Durch Emissionsreduktion, saubere Energie, eine
141 Kreislaufwirtschaft und Digitalisierung soll das Ziel Netto-Treibhaus-Null
142 umgesetzt werden. Das Einhalten der Pariser Klimaziele und der
143 Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen, durch zielgerichtete und
144 effiziente Rahmenbedingungen, hat für uns Liberale oberste Priorität. Durch die
145 Ausweitung des Europäische Zertifikatehandels (EU ETS), der weltweit
146 erfolgreichsten Klimaschutzmaßnahme, entsteht ein striktes Verbot, mehr
147 Kohlenstoffdioxid auszustoßen, als es das CO₂-Restbudget erlaubt. Innerhalb
148 dieses Budgets sorgen marktwirtschaftliche Mechanismen für einen effektiven
149 Klimaschutz.

150 Diese Rahmenbedingungen nutzen wir für die Zukunft unseres Bundeslandes. Eine
151 schnelle und zielgerichtete Transformation zu einer digitalen und klimaneutralen
152 Infrastruktur ist eine Investition in die Zukunft und steigert die Attraktivität
153 für weitere Investitionen.

154

155 **4. Freiheit in Europa**

156 **Freizügigkeit und offene Grenzen**

157 Die Freizügigkeit im Schengenraum ist der Motor der europäischen Freiheit. Wir
158 setzen uns ausdrücklich für den Erhalt und die Erweiterung des Schengen-
159 Abkommens ein. Bestrebungen nach innereuropäischen Grenzkontrollen lehnen wir
160 entschieden ab.

161 **Europäische Mobilität**

162 Nationale Standards für Eisenbahnsysteme und den Ticketverkauf wollen wir
163 harmonisieren. Daneben setzen wir uns ausdrücklich für Initiativen zur
164 Verbindung von nationalen ÖPV-Tickets zu internationalen Tickets ein und stehen
165 der Angleichung einfacher Tarifsysteme in Europa offen gegenüber. Gerade
166 Rheinland-Pfalz profitiert durch die Nähe zu unseren Nachbarstaaten durch diese
167 Änderungen und grenzüberschreitenden Verkehr.

168 **Cannabis**

169 Die Mitgliedstaaten haben das Recht auf eine eigenständige Drogenpolitik. Auf

170 europäischer Ebene werden wir uns dafür einsetzen, den Rahmenbeschluss von 2004
171 zu ändern und damit Deutschland die vollständige Legalisierung von Cannabis zu
172 ermöglichen. Das deutsche Cannabisgesetz muss schnellstmöglich in Kraft treten,
173 um besseren Jugendschutz durch Prävention und Aufklärung zu ermöglichen.

174 **Kritische Infrastruktur aus demokratischer Hand**

175 Beim geplanten Erwerb kritischer Infrastruktur, sowie Komponenten dieser, von
176 Körperschaften aus Nicht-NATO- und Nicht-EU-Mitgliedsstaaten muss eine
177 Sicherheitsprüfung von entsprechenden Stellen in der EU unternommen werden. Den
178 Verkauf kritischer, rheinland-pfälzischer, Infrastruktur, an Unternehmen aus
179 autokratischen Staaten, lehnen wir grundsätzlich ab.

180 **Wir stehen an der Seite der Ukraine – as long as it takes**

181 Die Ukraine verteidigt nicht nur ihre Bürger und territoriale Integrität,
182 sondern auch die europäischen Werte von Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmung
183 und einer Friedensordnung des Völkerrechts. Die Ukraine muss diesen Krieg
184 gewinnen!

185 Die Entschlossenheit der Ukraine und ihrer Partner muss ein weltweites Signal
186 senden, dass völkerrechtswidrige Aggressionen gegen andere Staaten von der
187 Weltgemeinschaft nicht toleriert werden. Daher setzen wir uns nachdrücklich für
188 eine erhebliche Erhöhung der Finanzmittel zur Bereitstellung von Rüstungsgütern
189 und humanitärer Hilfe ein. Sofern die USA in ihrer Unterstützung der Ukraine
190 nachlassen sollten, muss Europa dazu in der Lage sein, diese aufzufangen. Die
191 Unterstützung der ukrainischen Bevölkerung mit Lebensmitteln,
192 Gesundheitsversorgung und psychosozialer Unterstützung möchten wir weiterhin
193 stark ausbauen. Darüber hinaus begrüßen wir die weitreichende Unterstützung der
194 einzelnen Mitgliedsstaaten. Nach dem Ende der Kampfhandlungen soll der NATO-
195 Beitritt der Ukraine so schnell wie möglich erfolgen, wobei wir die Ukraine
196 bestmöglich unterstützen werden.

197

198 **5. Freie Demokraten gestalten!**

199 Wir Freie Demokraten übernehmen Verantwortung – auf Landes- und auf Bundesebene.
200 Als Stimme des Fortschritts und der Freiheit wollen wir aktuelle
201 Herausforderungen gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern bewältigen und neue
202 Potenziale entfesseln. Am 9. Juni 2024 entscheidet sich, in welchem Europa wir
203 in Zukunft leben wollen. Wir dürfen Populisten nicht das Spielfeld überlassen.
204 Als Freie Demokraten wollen wir für ein geeintes, freies, weltoffenes und
205 tolerantes Europa streiten, welches seine Zukunft in einem gemeinsamen
206 europäischen Bundesstaat findet. Wir Freien Demokraten wollen Europas Energie
207 für mehr Freiheit und mehr Wohlstand entfesseln. Deshalb: Am 09. Juni alle
208 Stimmen für die Freien Demokraten – kommunal und europäisch.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 009: Politik für die arbeitende Mitte

Antragsteller*in:	Bianca Hofmann (Speyer)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten fordern zur Unterstützung der arbeitenden Mitte:
- 2 1) Ein Landesprogramm zum Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten (kommunal und
3 privat) zwecks Gewährleistung von zuverlässiger Kinderbetreuung.
- 4 Konkret fordern wir hier eine Fördergrundlage für die Kommunen, damit private
5 Tagesmütterinitiativen neben den bereits vorhandenen Einrichtungen unterstützt
6 werden können, sowie ein Sonderprogramm Kindertagespflege der öffentlichen Hand.
7 Wir brauchen ausreichende qualifizierte Betreuungsangebote, die zudem auch noch
8 verlässlich sind. Ob ein solche Betreuung im privaten oder öffentlich Raum
9 stattfindet, ist dem betreuten Kind und den Eltern egal.
- 10 2) Wir fordern eine Initiative zur Online-Terminbuchung in Behörden und
11 schnellere Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG).
- 12 Bereits ein digitales Buchungssystem für Termine auf dem Amt als Online-
13 Terminbuchung würde Wartezeiten verkürzen und unsere wertvollste Ressource Zeit
14 für andere, wichtigere oder angenehmere Dinge zur Verfügung stellen. Darüber
15 hinaus müssen mehr Dienstleistungen der Ämter digital erledigt werden können.
16 Nur wenige Behördengänge benötigen eine gleichzeitig Anwesenheit von Bürger und
17 Mitarbeiter der Behörde in deren Räume. Anträge quasi vom Sofa aus, würden
18 weitere Zeitfenster schaffen, die z. B. mit eigener Fortbildung oder Betreuung
19 der Kinder bei Hausarbeiten gefüllt werden könnten. Wir Freie Demokraten drängen
20 daher auf ein schnelleres Umsetzen des OZG in RLP und deren Kommunen.
- 21 3) Wir fordern mehr Entlastung über weitere Änderungen bei der Lohn- und
22 Einkommensteuer. Hier könnten die Erhöhung von Freibeträgen und Anpassung des
23 Steuertarifs einfache aber wirksame Maßnahmen darstellen. Wir Freie Demokraten
24 aus RLP setzen uns daher für die Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5 ein und
25 unterstützen die Initiative hierzu aus Berlin.

26

Begründung

Wir Freie Demokraten stehen zur sozialen Marktwirtschaft. Wir stehen klar zu der Aussage: Leistung muss sich lohnen. Gleichzeitig setzen wir uns für alle Menschen ein, die unsere Gesellschaft mit Ihrem Engagement unterstützen, am Laufen halten und die Lust auf Leistung haben.

Lassen Sie uns für die Menschen der Mitte Politik machen! Zeigen wir, dass wir die Bedürfnisse der arbeitenden Mitte erkannt haben und fordern wir entsprechend RESPEKT für Menschen, die sich der Eigenverantwortung und auch der Verantwortung für andere Menschen darüber hinaus stellen.

zu 1) In Zeiten von Fachkräftemangel müssen wir vermehrt junge Familien dadurch unterstützen, dass Eltern schnell und unkompliziert zurück an ihren Arbeitsplatz kommen können. Es ist insbesondere Familien mit Kindern wichtig, Ziele wie Eigenheim, Urlaub und andere finanzielle Belastungen stemmen zu können, denn sie sind es, die durch ihren Mut zu Kindern die Basis für die Zukunft unseres Landes

schaffen. Dabei ist dies aber genauso wichtig für Arbeitgeber. Denn auch sie sind darauf angewiesen, dass ihre fachkundigen Mitarbeiter, deren Ausbildung zuvor finanziert wurde, zurück an ihre Arbeitsplätze kommen können. Für Eltern ist die Problematik hierbei klar: Kinderbetreuung muss verlässlich und klar planbar sein. Die momentane Situation mit Anrufen "die Erzieherin ist krank, bitte holen Sie ihr Kind heute schon 3 Std. früher ab" - kann nicht zufrieden stellen. Auch kann nicht alles von engagierten Großeltern aufgefangen werden. Hier gilt es als Freie Demokraten sich im Sinne der Gesellschaft zu engagieren. Denn "Selbstbestimmt durchs Leben" gelingt nur mit guten Standortfaktoren, welche Voraussetzung für eine persönliche Entwicklung sind. Und hierzu gehört die Kinderbetreuung. Die Betreuungsrate für Kleinkinder unter drei Jahren ist (Stand 2022, Quelle Statista) mit 74,7 Prozent am höchsten in Dänemark, gefolgt von den Niederlanden (72,3 Prozent) und Norwegen (62,1 Prozent). Deutschland landet hingegen mit nur 23,9 Prozent im hinteren Drittel innerhalb der EU. Hier gibt es noch viel Nachholbedarf. Diesen Rückstand aufzuholen, kann aber nicht alleine dem Staat überlassen werden. Zusätzlich bedarf es der Aktivierung der Potentiale in privaten Einrichtungen, wie z.B. Tagesmütterinitiativen. Hier gilt es anzusetzen.

zu 2) Engagierte Menschen haben zwischen Arbeit, Familie und gar einem eventuellen Ehrenamt nicht viel Zeit. Diese freie Zeit sollten die Menschen möglichst nicht für Besuche und damit verbundene Wartezeiten auf Ämtern verschwenden müssen. Hier gilt es insbesondere kommunal für mehr Geschwindigkeit bei der Digitalisierung zu sorgen. Auch für Fachkräfte aus dem Ausland ist es wichtig, dass Amtsgeschäfte online - und dann sogar in der eigenen Sprache oder zumindest in Englisch - erledigt werden können. Digitalisierte Verwaltungsleistungen erhöhen die Schnelligkeit und Zufriedenheit der Bürger und erhöhen ebenso die Standortvorteile der Kommune. Wünschenswert wäre hier sogar ein Wettbewerb der Kommunen untereinander um die bestmögliche Dienstleistungsplattform als Standortvorteil.

zu 3) Höhere Grundfreibeträge und der höhere Kinderfreibetrag waren ein erster Schritt. Dabei alleine darf es aber nicht bleiben. Die Vereinheitlichung der Steuerklassen stellt unseres Erachtens ein wichtiger weiterer Schritt bei der Entlastung der arbeitenden Menschen dar, besonders wenn die Einkommen im unteren und mittleren Bereich liegen. Die Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5 ist wichtig, um den Menschen zu verdeutlichen, dass sich jede Arbeit lohnt. Viele Paare meinen, dass sie mit der Steuerklassenwahl die Steuerlast absenken könnten. Am Ende zahlen aber beide Ehepartner in der Regel den gleichen Steuersatz auf ihr gemeinsames Einkommen. Die stärkere Belastung bei der Steuerklasse 5 zeigt in der Praxis, dass Ehepartner keine Arbeit aufnehmen, weil es sich bei der höheren Belastung der Steuerklasse 5 scheinbar nicht mehr lohne, zu arbeiten. Durch die Abschaffung der unterschiedlichen Steuerklassen fällt dieses Hemmnis weg. Arbeit wird subjektiv wieder lohnenswerter und die Besteuerung wird gerecht zwischen den Ehepartner geteilt. Noch einige Stunden mehr zu arbeiten wird sich dann auf dem Lohnzettel durch ein deutlich höheres Netto auszahlen.

Der Staat muss für die arbeitende Mitte gute Standortfaktoren bieten und die Grundlagen zur Verfügung stellen, die die Motivation, sich durch eigene Leistung voranzubringen, unterstützen und belohnen. Leistung muss sich am Ende lohnen, mehr Leistung muss sich mehr lohnen. Nur wer diese Grundsätze beachtet, pflegt und ausbaut, wird es schaffen, den Menschen zur Leistung zu motivieren. Daher ist es wichtig, dass wir von Bundes-, Landes- und kommunaler Seite aus alles geben, um Kinderbetreuung, Zugang zu Verwaltungsleistungen und steuerliche Rahmenbedingungen zeitgemäß, zuverlässig, sicher und gut zu gewährleisten.

Wir Freie Demokraten unterstützen mit diesem Antrag die leistende Mitte - wir erkennen deren Engagement bei Arbeit, Ehrenamt, Erziehung, Care-Arbeit, Bildung, Kunst und Kultur an. Wir möchten mit diesem Antrag zu einer besseren Vereinbarkeit von Beruf, Ehrenamt und Familie beitragen! Denn genau das benötigen wir - engagierte Menschen mit Lust etwas zu Bewegen.

Antrag 010: Innovation made in RLP: Starkes Fundament für Wachstum und Wohlstand

Antragsteller*in:	Landesvorstand RP (LV Rheinland-Pfalz)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten legen das Fundament für Wachstum und Wohlstand in
- 2 Rheinland-Pfalz. Innovative Unternehmen zieht es nach Rheinland-Pfalz. Und das
- 3 ist kein Zufall. Mit unserer Politik setzen wir den Rahmen, der wirtschaftliche
- 4 Prosperität ermöglicht.
- 5 Innovation ist der Schlüssel zur Bewältigung der Herausforderungen unserer Zeit.
- 6 Innovationen sichern künftige Wertschöpfung und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Im
- 7 Zentrum unserer Wirtschaftspolitik steht deshalb, die Innovationskraft der
- 8 rheinland-pfälzischen Unternehmen zu stärken. Hierfür schaffen wir die
- 9 notwendigen Rahmenbedingungen.
- 10 Wir haben die Innovationsagentur gegründet. Sie ist die zentrale Anlaufstelle
- 11 für innovative Köpfe in Rheinland-Pfalz. Sie verknüpft Wirtschaft und
- 12 Wissenschaft. Sie berät zu Fördermöglichkeiten in Land, Bund und Europa. Sie ist
- 13 Matchmaker zwischen Forschung, Industrie, Mittelstand und Startups und sorgt
- 14 dafür, dass innovative Ideen und Ergebnisse aus der Forschung schneller Realität
- 15 in der unternehmerischen Praxis werden. Die Innovationsagentur dient damit
- 16 gerade auch den kleinen und mittelständischen Unternehmen im Land, die keine
- 17 eigene Forschungs- und Entwicklungsabteilung haben.
- 18 Wir haben den Innovationsfonds weiterentwickelt. Er stärkt das Ökosystem an
- 19 innovativen Akteur:innen in Rheinland-Pfalz. Ausgestattet mit 50 Millionen Euro
- 20 dient er der Finanzierung über Wagniskapital für Startups aus dem
- 21 technologischen Bereich.
- 22 Wir entwickeln Cluster. Ein Beispiel ist das Commercial Vehicle Cluster Südwest
- 23 (CVC) – ein erfolgreiches Netzwerk aus Wirtschaft und Wissenschaft, das
- 24 Nutzfahrzeuge neu denkt. Neue Formen der Mobilität, autonomes Fahren und neue
- 25 Antriebstechnologien entstehen im Herzen von Rheinland-Pfalz. Wir stärken durch
- 26 Synergie die Wettbewerbsfähigkeit der Nutzfahrzeugindustrie.
- 27 Wir machen den Mittelstand digital. Mit dem erfolgreichen Förderprogramm
- 28 DigiBoost haben wir mit Landesgeld Investitionen von rund 100 Millionen Euro in
- 29 die Digitalisierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen ausgelöst. Der
- 30 DigiBoost ist ein Paradebeispiel für ein kundenorientiertes, niederschwelliges
- 31 und unbürokratisches Förderprogramm. Er war ein wichtiger Schritt zur Stärkung
- 32 unseres Wirtschaftsstandortes.
- 33 Wir sehen die Chancen Künstlicher Intelligenz (KI). KI ist eine der
- 34 Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. Ein Ziel der Digitalstrategie der
- 35 Bundesregierung ist, den Zugang zu KI zu vereinfachen – gerade auch für
- 36 mittelständische Unternehmen. In Kaiserslautern entsteht deshalb ein KI-Zentrum,
- 37 das es Unternehmen und Bürger:innen ermöglicht, Anwendungen zu testen. Innovative

38 Köpfe erhalten so niedrigschwelligen Zugang zur Spitzenforschung.

39 Wir machen den Wirtschaftsstandort zur Marke. „Rheinland-Pfalz Gold“ wirbt
40 selbstbewusst für unser Land als exzellenten Standort für Wirtschaft, Wein und
41 Tourismus. Die Standortmarke präsentiert Innovationskraft, wirtschaftliche
42 Erfolgsgeschichten und einzigartige Kulturlandschaften.

43 Eli Lilly, einer der global wertvollsten Pharmakonzerne, hat den Weg nach
44 Rheinhessen gefunden. Das ist kein Zufall. Es ist Ergebnis unserer strategischen
45 Ansiedlungspolitik und Ausdruck der Stärke des Standorts, seiner Infrastruktur,
46 seiner Fachkräfte und seiner Weltoffenheit. Auch die Ansiedlung des
47 internationalen Wissenschaftspark- und Netzwerkbetreibers Kadans Science Partner
48 zeigt, dass Rheinland-Pfalz ein starker Biotech-Standort ist. Beste
49 Voraussetzungen also, um mit Unterstützung des Technologiezentrum Mainz ein
50 weiteres Cluster – die BioVation RLP Plattform - zu entwickeln.

51 Aber wir Freie Demokraten wollen mehr!

52 Der Landesparteitag möge beschließen:

53 • Das Land muss eine stärkere Rolle bei der strategischen Identifizierung von
54 großen Gewerbeflächen für industrielle Ansiedlungen einnehmen. Dies muss
55 Berücksichtigung im neuen LEP V finden. Zudem muss der Dialog mit den
56 Kommunen hinsichtlich dieser für den Industrie- und Innovationsstandort
57 strategisch relevanten Flächen verstärkt werden. Gemeinsames Ziel von Land
58 und Kommunen muss es sein, industriellen Neuansiedlungen Raum zu geben. So
59 können weitere innovative Unternehmen in Rheinland-Pfalz investieren und
60 Arbeitsplätze schaffen.

61

62 • Wir wollen behördliche Planungs- und Genehmigungsverfahren weiter
63 beschleunigen und vereinfachen, um Ansiedlungen und Erweiterungen
64 attraktiver zu machen. Hierfür sollen, wo rechtlich möglich, kommunale
65 Zuständigkeiten in komplexen Planungs- und Genehmigungsverfahren bei
66 Landesbehörden gebündelt und die Digitalisierung der Verfahren
67 flächendeckend und zügig umgesetzt werden.

68

69 • Wer nicht wagt, der nicht gewinnt. Investitionen in Startups können riskant
70 sein, treffen aber auf enormes Wachstumspotenzial. Als Freie Demokraten
71 sehen wir darin eine Chance. Deshalb wollen wir die Wachstumsfinanzierung
72 in der Bundesrepublik nach Vorbild der Tibi-Initiative aus Frankreich
73 weiterentwickeln. Hierzu muss der deutsche Wachstumsfonds ausgebaut werden.
74 Spannende Gründungen aus Rheinland-Pfalz müssen für nationale und
75 internationale private Investoren besser sichtbar werden. Der bundesweite
76 Business Angels Tag in RLP in diesem Jahr ist dabei ein hervorragender
77 erster Schritt. Die neue Innovationsagentur soll das Matching zwischen
78 Startups und Investoren systematisch verbessern. Die Akquise von privatem
79 Venture Capital wird ergänzt durch den Innovationsfonds Rheinland-Pfalz,
80 der konsequent ausgebaut werden soll. Um die Wachstumsphase von Startups
81 noch besser zu unterstützen, soll zusätzlich ein neuer Wachstumsfonds
82 Rheinland-Pfalz geschaffen werden.

83

84 • Mit Unterstützung der neuen Innovationsagentur entwickeln wir die
85 Rahmenbedingungen und Anreizmechanismen zur Entstehung neuer
86 Industriecluster weiter. Nach dem Vorbild des erfolgreichen
87 Nutzfahrzeugclusters CVC Südwest soll sich die Clusterpolitik konsequent am
88 Bottom-Up-Prinzip orientieren. Das heißt: Neue Cluster sind an den
89 Interessen der beteiligten Unternehmen auszurichten. Das Technologiezentrum
90 Mainz verfolgt dieses Prinzip beim Aufbau eines neuen BioVation RLP
91 Clusters in der Biotechnologie. Durch BioVation RLP soll Rheinland-Pfalz zu
92 einem international führenden Standort für Biotechnologie und Life Science
93 werden.

94

95 • Wir fordern die Landesregierung auf, die Integration von KI in Unternehmen
96 zur Stärkung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit weiter
97 konsequent voranzutreiben. Damit kleine und mittelständische Unternehmen
98 die Potenziale der KI für sich erschließen können, brauchen sie einen
99 einfachen und unkomplizierten Zugang zu Informationen, Ansprechpartnern,
100 passenden Forschungseinrichtungen, Kompetenzzentren sowie Netzwerken,
101 Clustern und Hubs. Hierfür sind zentrale Anlaufstellen zu schaffen, etwa
102 bei der Innovationsagentur. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind
103 weiterhin im Auf- und Ausbau anwendungsorientierter Kompetenzen zu
104 unterstützen. Netzwerke und Hubs wie die SmartFactory, der 5HT Hub oder das
105 KI-Zentrum des Bundes müssen weiterentwickelt werden. Angebote wie das KI-
106 Webmagazin des Wirtschaftsministeriums sind auszubauen und zu verstetigen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag 011: Innovation statt Verbote für eine zukunftsfähige Landwirtschaft

Antragsteller*in:	Landesvorstand RP (LV Rheinland-Pfalz)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Wir Freie Demokraten verfolgen die Ziele *Vorankommen durch eigene Leistung* und
- 2 *Nachhaltigkeit durch Innovation*. In unserer Agrarpolitik stellen wir deshalb
- 3 unternehmerische Freiheit und technologischen Fortschritt in den Mittelpunkt.
- 4 Unsere heimische Landwirtschaft produziert qualitativ hochwertige Produkte und
- 5 handelt dabei verantwortungsbewusst gegenüber unserer Umwelt. Sie investiert in
- 6 ihre Höfe, schafft Wertschöpfung, Nachfrage und Kulturlandschaften im ländlichen
- 7 Raum. Dabei stellt sie sich digital auf, um ressourcenschonend und effizient zu
- 8 arbeiten. Der Agrarsektor hat politische und gesellschaftliche Unterstützung
- 9 verdient. Geben wir ihm diese!

- 10 In Rheinland-Pfalz setzen wir Freie Demokraten den politischen Rahmen für die
- 11 Landwirtschaft der Zukunft. Wir haben unser Land zur Speerspitze im Digital
- 12 Farming gemacht, unterstützen Betriebe ganz konkret bei der Hofnachfolge und
- 13 sorgen auf landespolitischer Ebene für verlässliche finanzielle Unterstützung.
- 14 Hinzu kommt eine funktionierende Infrastruktur für Lehre, Beratung,
- 15 Versuchswesen und Bodenordnung über die Dienstleistungszentren Ländlicher Raum
- 16 (DLR).

- 17 Wir haben mit der GeoBox-Infrastruktur bundesweit Standards gesetzt. Mit ihrer
- 18 Entwicklung ist dem DLR in Bad Kreuznach ein großer innovativer Schritt
- 19 gelungen. Die GeoBox ist ein Schlüsselement für den digitalen Wandel in der
- 20 Landwirtschaft. Mit ihr wird landwirtschaftliches Gerät geodatenbasiert
- 21 gesteuert. Zudem ermöglicht sie automatisierte Dokumentation und trägt damit zum
- 22 optimierten, ressourcenschonenden Einsatz von Produktionsmitteln wie Dünger und
- 23 Pflanzenschutzmittel bei. Inzwischen ist die GeoBox-Infrastruktur bundesweit
- 24 gefragt.

- 25 Wir unterstützen das Hofgut Neumühle als bundesweit bedeutendes Zentrum des
- 26 Digital Farming. Als Lehr- und Versuchsanstalt nimmt sie eine wichtige Rolle bei
- 27 der überbetrieblichen Ausbildung, dem Wissenstransfer zwischen Forschung und
- 28 Praxis sowie der Fortbildung und Qualifikation von Fachkräften ein. Damit
- 29 profitieren Betriebe über unsere Landesgrenzen hinaus von neuesten
- 30 wissenschaftlichen Erkenntnissen im Agrarsektor. Auch mit der Einrichtung eines
- 31 gemeinsamen deutsch-französischen berufsintegrierenden Masterstudiengangs
- 32 ‚Weinbau und Önologie‘ am Weincampus Neustadt und an der Université de Haute-
- 33 Alsace in Colmar zum Wintersemester 2024/2025 unterstützen wir
- 34 grenzüberschreitend die Ausbildung und Gewinnung von qualifizierten Fachkräften
- 35 im Weinbau und fördern gezielt den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und
- 36 Praxis.

- 37 Wir haben mit dem Einsatz von Drohnen einen großen Schritt zu mehr Effizienz und
- 38 Nachhaltigkeit beim Pflanzenschutz im Weinbau gesorgt. Die Drohnentechnik

39 erleichtert die Arbeit in steilsten Lagen, sorgt für präziseres Ausbringen von
40 Pflanzenschutzmitteln, macht den Weinbau damit wirtschaftlicher und schont
41 gleichzeitig Ressourcen. So erzielen wir nicht nur einen positiven sozialen,
42 ökologischen wie ökonomischen Effekt, sondern erhalten auch einzigartige
43 Kulturlandschaften, die ansonsten verbuschen würden und als Biotope für
44 besondere Arten verloren gingen. Der Drohneneinsatz im Weinbau ist ein
45 herausragendes Beispiel, wie durch hochinnovative Verfahrenstechnik der
46 Nachhaltigkeitsdreiklang in gelebte Praxis überführt werden kann.

47 Mit der Einführung der Hofübernahmeprämie und der Wiedereinführung der
48 Ausgleichszulage leisten wir konkrete finanzielle Unterstützung für die
49 Landwirtschaft. Junglandwirtinnen und Junglandwirte profitieren damit bei der
50 Hofnachfolge ebenso wie Betriebe in benachteiligten Regionen. Wir sorgen für
51 Zukunftsperspektiven und unterstützen die flächendeckende Bewirtschaftung
52 unserer Flächen in Rheinland-Pfalz.

53 Digitalisierung, Forschung, Finanzierung – diese Themen beackern wir seit 2016
54 mit Erfolg. Aber wir Freie Demokraten wollen auch klare Forderungen adressieren.

55 Der Landesparteitag möge beschließen:

- 56 • Das Abschmelzen der Subvention für den Agrardiesel war ein harter
57 Einschnitt für die Landwirtschaft. Die Bundesregierung muss
58 schnellstmöglich einen Agrargipfel einberufen. Sie muss gemeinsam mit der
59 Agrarbranche Lösungen für eine zukunftsfähige Landwirtschaft finden. Das
60 beinhaltet vor allem weniger Bürokratie und mehr unternehmerische Freiheit.
- 61 • Wir fordern ein klares Bekenntnis zu Innovation im Pflanzenschutz und zu
62 neuen genomischen Techniken (NGT). Die Bundesregierung muss sich auf
63 europäischer Ebene für fortschrittliche Politik einsetzen, statt immer
64 weiter Verbotspolitik zu unterstützen. Mit digitalen und damit auch
65 präziseren Verfahren sowie neuen züchterischen Methoden schonen wir
66 Ressourcen und die Umwelt, ohne dem Agrarsektor neue belastende Auflagen zu
67 machen. Um die gewaltigen Herausforderungen zu meistern, die die
68 Landwirtschaft im Zuge des Klimawandels zu bewältigen hat, muss der
69 technische Fortschritt nicht nur nicht behindert, sondern energisch
70 vorangetrieben werden.
- 71 • Wir fordern die Bundesregierung auf, über steuerliche Instrumente für
72 Entlastung in der Landwirtschaft zu sorgen – konkret nehmen wir dabei die
73 Wiederauflage der Gewinnglättung sowie die steuerfreie
74 Risikoausgleichsrücklage in den Blick und wollen diese schnellstmöglich
75 implementieren.
- 76 • Wir fordern die Bundesregierung auf, bei der Umsetzung der Verordnung zur
77 Wiederherstellung der Natur die Interessen der Ernährungssicherung im Blick
78 zu behalten und den Agrarsektor von Bürokratie zu entlasten. Eventuell
79 erforderlich werdende Maßnahmen zur Erhöhung der Biodiversität in den
80 landwirtschaftlichen Ökosystemen müssen unbürokratisch umgesetzt werden,
81 ohne Mittel der GAP zu beanspruchen.

82 Wir fordern die Bundesregierung auf, den Ausbau der Erneuerbaren Energien
83 möglichst flächenschonend zu gestalten. Kompensationspflichten sind auf das

- 84 Mindestmaß zu beschränken und möglichst auf den bereits in Anspruch genommenen
85 Parzellen oder im Zuge von produktionsintegrierten Maßnahmen (PIK) zu
86 realisieren.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag 012: 75 Jahre Grundgesetz – eine Verfassung der Freiheit als zeitlos gültige Antwort auf Totalitarismus und Unterdrückung

Antragsteller*in:	Landesvorstand RP (LV Rheinland-Pfalz)
Status:	zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 Das Grundgesetz ist eine unschätzbare Errungenschaft. Dem bündigen
2 Verfassungstext, der die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1949 zu einem
3 demokratischen Rechtsstaat machte, sah man seine epochemachende Wirkung nicht
4 unmittelbar an. Gerade einmal 146 Artikel enthält die Verfassung, die von ihren
5 Vätern und Müttern wegen der Teilung Deutschlands die vorläufige Bezeichnung
6 „Grundgesetz“ erhielt. Vier Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation war das
7 Grundgesetz (GG) am 8. Mai 1949 vom Parlamentarischen Rat mit großer Mehrheit
8 beschlossen und am 23. Mai 1949 feierlich verkündet worden. Es war die
9 Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland und das GG hat nahezu
10 vorausschauend für all das, was sich in den letzten 75 Jahren ereignet hat, eine
11 kluge Grundlage geboten.

12

13 1. Föderalismus und Subsidiarität als Freiheitsgaranten im GG

14 Das damalige Provisorium hat sich in den vergangenen 75 Jahren zu einer
15 unvergleichlichen Erfolgsgeschichte entwickelt. In ihm sind die Lehren aus der
16 deutschen Geschichte gezogen, aus ihren Erfolgen und ihren Katastrophen. Die
17 Erfahrungen der Weimarer Zeit mit ihren Stürmen von Links und Rechts
18 gleichermaßen führten beispielsweise dazu, in das GG Bestimmungen aufzunehmen,
19 die eine Anwendung des Misstrauensvotums nur durch eine zu konstruktiver Arbeit
20 bereite Mehrheit zuließen. An anderer Stelle knüpft das GG an alte deutsche
21 Verfassungstradition an, nämlich den Föderalismus als Bundesstaatsprinzip. Der
22 Föderalismus trägt dem Gedanken der Subsidiarität als einer Entscheidung nahe
23 bei denen, die sie betrifft, Rechnung, und begrenzt heilsam jedes staatliche
24 Machtstreben, „durchregieren“ zu wollen. So dient der Föderalismus im GG der
25 Freiheitssicherung einerseits und zugleich dem liberalen Gedanken des
26 Wettbewerbs, indem die Länder je eigene Lösungen entwickeln. Der Ruf nach immer
27 mehr Vereinheitlichung („Der Bund soll es regeln!“) ist nicht nur dem GG fremd,
28 sondern auch im Sinne der Freiheit falsch. Vielmehr ist zu überlegen, anknüpfend
29 an die Föderalismusreformen Anfang der 2000er Jahre Zuständigkeiten von Bund und
30 Ländern weiter zu entflechten.

31 So hat diese Verfassung die beste staatliche Ordnung ermöglicht, die es in
32 Deutschland je gegeben hat. Heute ist das Grundgesetz das Fundament, auf dem die
33 deutsche Demokratie ruht. Es ist ein festes Fundament mit der sogenannten
34 „Ewigkeitsklausel“ des Art. 79 Abs. 3 GG. Das war die Reaktion auf das Dritte
35 Reich, denn die Nationalsozialisten waren formaljuristisch rechtmäßig an die
36 Macht gekommen. Die Menschenwürde und die Grundpfeiler der Demokratie sollten
37 jetzt sturmfest gemacht werden, indem das Grundgesetz mit seiner freiheitlich
38 demokratischen Ordnung die parlamentarische Demokratie mit dem Rechtsstaat

39 verbindet.

40 Die Ewigkeitsklausel begrenzt die Staatsmacht und verankert die Menschenwürde
41 und die tragenden Verfassungsprinzipien und damit das Wesen der freiheitlichen
42 demokratischen Grundordnung. Sie ist Bollwerk gegen Verfassungsfeinde und
43 Menschenrechtsverletzungen gegen den Missbrauch staatlicher Macht und gegen den
44 Aufstieg von Autokraten.

45

46 **2. GG als Verfassung einer spürbaren Freiheit für die Menschen**

47 Das GG ist eine Verfassung der Freiheit und zugleich ist der moderne Sozialstaat
48 ebenfalls im GG verankert. Insofern ist dieser Verfassungstext heute noch genau
49 so aktuell wie vor 75 Jahren. Indem es die Menschenwürde an den Beginn der
50 Verfassung setzt, macht es deutlich, dass der Staat um des Menschen willen
51 existiert und nicht umgekehrt. Das Menschenbild des GG ist das eines
52 selbstbestimmten, eigenverantwortlichen, freien Individuums. Das GG ist gerade
53 keine paternalistische Verfassung, die darauf angelegt ist, dass der Staat in
54 allen Lebensbereichen die Verantwortung für Handeln der Menschen übernimmt.
55 Freiheit bedeutet, nicht stets von vornherein zu wissen, was als Ergebnis
56 herauskommt. Freiheit bedeutet, Risiken einzugehen. Freiheit bedeutet auch,
57 Irrwege zu gehen. Freiheit bedeutet, dass der Staat nicht besser weiß als seine
58 Bürgerinnen und Bürger und seine Unternehmen, welches der "richtige" Weg ist.
59 Hier ist in der Politik der vergangenen Jahrzehnte vieles in die falsche
60 Richtung gelaufen. Wir Liberalen nehmen unsere Regierungsverantwortung wahr und
61 bringen die Politik im Land und im Bund auf den guten Weg unserer freiheitlichen
62 Verfassung zurück.

63 Freiheit ist in diesem Sinne das Gegenteil von überbordender Regulierung.
64 Freiheit ist das Gegenteil von ambitionierten bürokratischen Plänen, die
65 kleinteilig Gesellschaft und Wirtschaft lenken und im Sinne einer vermeintlichen
66 Risikovermeidung Entwicklungen über Jahrzehnte planen wollen. Freiheit heißt,
67 offen zu sein für die Zukunft, Ungewissheiten auszuhalten, Risiken und
68 Wettbewerb um die besten Lösungen zuzulassen, Erfolg und Scheitern zuzulassen
69 und ebenso Chancen und Neuanfänge. Freiheit im Sinne des GG bedeutet letztlich,
70 dass der Staat sich zurücknimmt, sich beschränkt, die gesellschaftliche Zukunft
71 in den Händen der Menschen belässt, um derentwillen er existiert. Das erfordert
72 Zuversicht und Mut – gerade in schwierigen Zeiten. Von diesem Geist waren die
73 Väter und Mütter des Grundgesetzes erfüllt, als sie das GG schufen. Und diesen
74 Geist braucht es auch angesichts der heutigen Herausforderungen.

75 Das GG ist die Verfassung der Freiheit. Indem es die Gleichheit vor dem Gesetz
76 (Art. 3 Abs. 1 GG) garantiert, sichert es gleiche Freiheit für alle. Die
77 Freiheitsrechte enthalten das Gebot, den Menschen größtmögliche Freiheit
78 gegenüber staatlichen Eingriffen zu belassen. Ein korrespondierendes Gebot,
79 größtmögliche Ergebnisgleichheit zu schaffen, enthält das GG nicht. Wer Freiheit
80 zulässt, muss damit leben können, dass menschliches Handeln zu unterschiedlichen
81 Ergebnissen führt, er muss mit Ungleichheit leben können. Härten und
82 Schicksalsschläge werden durch den Sozialstaat aufgefangen. Aber einer
83 freiheitlichen Verfassung ist es wesensfremd, wenn ein überbordender Sozialstaat
84 den Menschen den Anreiz nimmt, ihr Leben in die eigenen Hände und die eigene

85 Verantwortung zu nehmen.

86

87 Eine geschriebene Verfassung entfaltet im täglichen Leben nur dann Wirkung, wenn
88 die Bürgerinnen und Bürger ihr vertrauen und aktiv auf sie bauen. Demokratie
89 kann nicht nur mit dem Recht gesichert werden. Es braucht lebendige
90 Demokratinnen und Demokraten, die sie auch gegen die Feinde der Freiheit
91 verteidigen. Und sie gibt es, diese Feinde. Rechts- und Linkspopulisten, die
92 sich zur gefühlten Mehrheit des Volkes erklären und damit andere als nicht
93 zugehörig betrachten. Die Würde des Menschen ist unabhängig von Religion,
94 Herkunft und politischer Überzeugung unantastbar. Das GG schließt Antisemitismus
95 und Fremdenhass aus. Seine Freiheitsrechte stehen allen Bürgerinnen und Bürgern
96 zu und nicht nur denjenigen, deren Meinung und Glaube einem passt. Demokratie
97 fordert Respekt, Toleranz und Akzeptanz des Andersseins. Demokratische
98 Mehrheitsentscheidungen nehmen der Minderheit nicht ihre Rechte. Dabei steht das
99 GG einem verengten Meinungskorridor, einer „Cancel Culture“, entgegen. Es
100 widerspricht dem Geist der Freiheit, Menschen, die sich außerhalb des jeweiligen
101 Zeitgeistes verorten, vom Diskurs auszuschließen. Solche Bestrebungen, die wir
102 leider in den letzten Jahren erleben mussten, spalten die Gesellschaft. Sie
103 unterteilen Menschen und Meinungen in hilfreich und nicht hilfreich, in Gut und
104 Böse und befördern damit letztlich den Extremismus von links und rechts. Das GG
105 kennt keinen Kampf gegen Links oder Rechts, es ist politisch neutral. Aber es
106 steht gegen jede Form des Extremismus, sei er politisch oder auch religiös
107 motiviert.

108 Wir Liberalen erinnern daran, dass unser GG uns gegen Feinde der Freiheit nicht
109 wehrlos macht. Vertreterinnen und Vertretern einer verschworenen Weltsicht
110 werden wir nicht die Bühne überlassen, in welchen Kostümen sie auch immer
111 daherkommen. Dabei gilt, dass eine Gesellschaft niemanden integrieren kann, wenn
112 sie sich selbst misstraut. Deshalb ist der Stolz auf das, was in der
113 Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen 75 Jahren geschaffen worden ist,
114 richtig und wichtig. Deshalb braucht es einen integrierenden reifen
115 Patriotismus. Die Grundrechte sind kein Denkmal der Vergangenheit, sie haben
116 sich nicht überholt. Im Gegenteil: Sie entfalten bis heute Dynamik und sichern
117 unsere Freiheit. Dank der Grundrechte können wir uns frei bewegen, frei reden
118 und frei leben. Diese Freiheiten stehen uns zu, es sind unsere Rechte, die uns
119 niemand nehmen darf und die von allen staatlichen Gewalten zu beachten sind.
120 Kämpfen wir gemeinsam für sie, denn der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt
121 von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann!

122

123 **3. Wehrhafte Demokratie im GG und die unerlässliche Verteidigung der** 124 **freiheitlichen Ordnung gegen ihre Feinde**

125 Denn die Freiheitsrechte sind heute in einer Dimension bedroht, wie es 1949
126 nicht vorhersehbar war. Eine nicht unerhebliche Zahl an Menschen in Deutschland
127 verspüren Angst und Verunsicherung aufgrund der unglaublich dynamischen
128 technologischen Entwicklungen mit ihren tiefgreifenden Auswirkungen auf die
129 Wirtschaft, den Arbeitsmarkt, die persönliche Lebensgestaltung, die Umwelt.
130 Zugleich sehen sie mit Sorge auf die anhaltende Zuwanderung von Menschen aus

131 Kulturkreisen, in denen fundamentale Grundwerte unseres Grundgesetzes und
132 unseres Gemeinwesens wie die Gleichberechtigung von Frauen und Männern oder das
133 Bekenntnis zum Existenzrecht Israels in Teilen abgelehnt werden. Die Politik hat
134 auf diese berechtigten Fragen oftmals hilflos reagiert, indem sie versucht hat,
135 Diskurse zu verengen und Menschen in eine extremistische Ecke zu rücken.

136 Diese Entwicklungen führen bei einem Teil der Bevölkerung dazu, das erstrebte
137 Glück und die ersehnte Sicherheit von Populisten und ihren beängstigend simplen
138 und in die Irre führenden Antworten zu erwarten.

139 75 Jahre nach dem Aufbruch in eine neue Welt der Freiheitsrechte, der liberalen
140 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit brauchen wir wieder ermutigende neue
141 Antworten auf diese Fragen, die sich durch die Veränderungen der Welt stellen.
142 75 Jahre Leben in einer verlässlichen Rechtsordnung, die Frieden und Freiheit in
143 Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern garantiert haben, waren
144 nicht selbstverständlich und sind es auch heute nicht, wie wir nicht erst seit
145 dem Überfall Russlands auf die Ukraine, sondern bereits seit den
146 Jugoslawienkriegen und nun schon wieder anlässlich der entsetzlichen Bluttaten
147 der Hamas gegen Israel zur Kenntnis nehmen müssen.

148 2024 wollen wir Liberalen deshalb zum Jahr der bewussten und streitbaren
149 Auseinandersetzung für die Freiheit und Demokratie machen. Denn mit den
150 Möglichkeiten der Digitalisierung steigt die Gefahr der Desinformation, der
151 Wahlbeeinflussung und der Meinungsmanipulation. Dagegen helfen Aufklärung,
152 weltbeste Bildung, Fakten, sichere IT-Infrastruktur und permanente
153 Gegenargumentation. 75 Jahre Grundgesetz sind ein Grund zum Feiern – doch wir
154 dürfen uns nicht auf den Lorbeeren der Vergangenheit ausruhen. Wir Liberale
155 wollen dafür kämpfen, dass das Grundgesetz auch in Zukunft ein Grund zum Feiern
156 bleibt. Das Grundgesetz ist die beste Visitenkarte nach innen und nach außen. Es
157 gibt keine bessere. Es ist 1949 unter dem Eindruck verfasst worden, dass
158 Demokratie zerbrechlich ist und dass Toleranz nicht mit Gleichgültigkeit
159 verwechselt werden darf. So sichert es nach den Katastrophen in unserer
160 Geschichte auch eine Art zivilisatorischen Standhaltens.

161 Diese besondere „Wehrhaftigkeit“ des Grundgesetzes kommt auch und vor allem in
162 Art. 21 Abs. 2 und 4 und Art. 18 GG zum Ausdruck. Gleichsam als „ultima ratio“
163 des demokratischen Rechtsstaats sind dort die Möglichkeit eines Parteiverbots
164 sowie die Verwirkung politischer und sonstiger Grundrechte vorgesehen für den
165 Fall, dass die freiheitliche demokratische Grundordnung aktiv bekämpft wird.
166 Angesichts der Herausforderungen, denen sich Demokratie und liberaler
167 Rechtsstaat aktuell ausgesetzt sehen, sollte die Wirksamkeit dieser Instrumente
168 nochmals einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Zu überlegen wäre
169 namentlich, ob auch das Wahlrecht und die Wählbarkeit in den Katalog der Rechte
170 aufgenommen werden sollte, die nach Art. 18 GG im Falle eines aktiven Kampfes
171 gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verwirkt werden können. Zwar
172 kann das Bundesverfassungsgericht dem Betroffenen in den Fällen des Art. 18 GG
173 schon heute das Wahlrecht und die Wählbarkeit aberkennen. Derzeit folgt das
174 indes bislang allein aus § 39 Abs. 2 BVerfGG, der als einfachgesetzliche Norm
175 die Gefahr birgt, jederzeit durch den einfachen Gesetzgeber geändert zu werden.

177

178

179 **4. Das Bundesverfassungsgericht kraftvoll schützen**

180 Das GG hat sich ohne jeden Zweifel in den vergangenen 75 Jahren durchgesetzt,
181 und zwar durch die kluge und überzeugende Rechtsprechung des
182 Bundesverfassungsgerichts, das der Parlamentarische Rat zu Recht an die Spitze
183 der dritten Gewalt gesetzt hatte. Es ist eine großartige Tatsache, dass neben
184 dem Grundgesetz die dritte Gewalt in Gestalt des Bundesverfassungsgerichts in
185 der politischen Geschichte unseres Landes Maßstäbe gesetzt hat. Schauen wir nur
186 auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau: Das BVerfG entschied bei der
187 ersten sich bietenden Gelegenheit, bei Artikel 3 Absatz 2 GG handele es sich
188 seit dem 1. April 1953 um ein unmittelbar anwendbares Recht. Das Gericht mischte
189 sich so von Beginn an aktiv zugunsten des neuen Grundrechts auf
190 Gleichberechtigung von Frau und Mann ein.

191 Heute stellt sich die Frage, ob das BVerfG in seiner Rechtsstellung noch in
192 ausreichender Weise vor den Feinden der Freiheit geschützt ist. Das ist eine
193 berechtigte Diskussion, in der wir Liberalen uns aktiv beteiligen.

194 Seit einigen Wochen befasst sich hiermit auch eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe
195 unter dem Titel „Wehrhafter Rechtsstaat“, an der sich Rheinland-Pfalz aktiv
196 beteiligt. Gegenstand dieser Arbeitsgruppe sind unter anderem Vorschläge, die
197 darauf abzielen, bislang nur im Bundesverfassungsgerichtsgesetz normierte
198 Kernelemente der Gerichtsverfassung des Bundesverfassungsgerichts unmittelbar im
199 Grundgesetz zu verankern, um sie so dem Zugriff durch den einfachen Gesetzgeber
200 zu entziehen. Zu den hierbei ins Auge gefassten Kernelementen zählen unter
201 anderem die Zweidrittelmehrheit bei der Wahl der Bundesverfassungsrichterinnen
202 und Bundesverfassungsrichter und deren zwölfjährige Amtszeit ohne Möglichkeit
203 einer Wiederwahl. Außerdem wird die Einführung einer Bestimmung in das
204 Grundgesetz diskutiert, nach der Verfassung und Verfahren des
205 Bundesverfassungsgerichts im Übrigen sowie die Gesetzeskraft seiner
206 Entscheidungen nur durch Bundesgesetz und mit Zustimmung des Bundesrates
207 geregelt werden können. Die Ergebnisse dieser Bund-Länder-Arbeitsgruppe müssen –
208 sobald sie vorliegen – von der demokratischen Mitte in Deutschland aufgegriffen
209 und erwogen werden. Jeden vernünftigen Vorschlag, der von dort kommt, sollten
210 wir mit dem gebotenen Nachdruck umsetzen. Wir Liberale sagen dies zu.

Begründung

Begründung erfolgt mündlich.

Antrag 013: Dringlichkeitsantrag: Landesfinanzierung für den lokalen ÖPNV endlich umsetzen

Antragsteller*in:	KV Mainz-Stadt (LV Rheinland-Pfalz)
Unterstützer*innen:	Ekkehard Raab (Mayen-Koblenz), Judith Lehnigk-Emden (Mayen-Koblenz)
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 Die Landesregierung wird aufgefordert, die Verpflichtung des Landes Rheinland-
- 2 Pfalz aus dem Landesnahverkehrsgesetz vom Februar 2021 ab dem Jahr 2024 endlich
- 3 umzusetzen und die Finanzierung des lokalen ÖPNV gemeinsam mit den
- 4 Aufgabenträgern in Rheinland-Pfalz, den Landkreisen und Städten, dauerhaft zu
- 5 regeln.
- 6 Das Land muss 2024 in die Finanzierung einsteigen und diese schrittweise von
- 7 Jahr zu Jahr erhöhen, bis der Finanzierungsanteil des Landes der gesetzlich
- 8 verankerten „Finanzierung als gemeinsamer Aufgabe“ in einer Höhe von 30 bis 40 %
- 9 gerecht wird.

Begründung

Die Defizite im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in den Städten und Landkreisen sind in den letzten Jahren ganz massiv gestiegen. Deutlich steigenden Kosten bei Energie und Personal stehen, politisch gewollt und beschlossen, nur sehr geringe Tarifierhöhungen und damit Einnahmesteigerungen gegenüber. Die Schere zwischen Kosten und Erträgen geht immer weiter auseinander und belastet die kommunalen Haushalte in einem nie dagewesenen Umfang.

In den Städten reicht der steuerliche Querverbund nicht mehr aus, um die ÖPNV-Finanzierung sicherzustellen, in vielen Landkreisen hat die Umsetzung der ÖPNV-Konzepte zu hohen Belastungen der Kreishaushalte geführt. Die Umsetzung der ÖPNV-Konzepte wurden massiv vom Land betrieben und von den Aufgabenträgern auch im Hinblick auf die im Landesnahverkehrsgesetz verankerte Mitfinanzierung des Landes umgesetzt, die bisher nicht erfolgt.

Seit Februar 2021 besteht eine Gesetzeslage in Rheinland-Pfalz, die das Land mit in die finanzielle Verantwortung für den lokalen ÖPNV nimmt. Das (neue) Landesnahverkehrsgesetz wurde von der Regierungskoalition unter Federführung des Wirtschafts- und Verkehrsministeriums am Ende der letzten Legislaturperiode verabschiedet. Es enthält zur Finanzierung des lokalen ÖPNV im § 16, Finanzierung, klare Aussagen, die für den ÖPNV in den Städten und den Landkreisen im Land gelten.

Der § 16 Absatz (2) sagt:

„Soweit öffentliche Dienstleistungsaufträge im öffentlichen Personennahverkehr in Einklang mit dem Landesnahverkehrsplan vergeben werden, ist deren Finanzierung eine gemeinsame Aufgabe der Aufgabenträger und des Landes. Hierfür werden seitens des Landes vorrangig Mittel verwendet, die es nach § 5 und Anlage 1 des Regionalisierungsgesetzes (RegG) vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378 - 2395 -) in der jeweils geltenden Fassung erhält.“

Der § 16 Absatz (10) bezieht sich auf Direktvergaben an Verkehrsunternehmen wie in vielen Städten, u.a. in Trier, Koblenz, Kaiserslautern, Mainz, aber auch in Bad Kreuznach, Bingen und vielen anderen mehr und

lautet:

„Die Höhe des Finanzierungsanteils für Verkehrsleistungen des Bus- und Straßenbahnverkehrs, die auf der Grundlage von Direktvergaben erbracht werden, wird auf Basis der Vorjahreswerte von Kosten, Einnahmen und angemessenem Gewinn entwickelte Prognoseberechnung vorab kalkuliert. Die gemeinwirtschaftliche Verpflichtung richtet sich nach den Vorgaben des Landesnahverkehrsplans sowie den verkehrlichen Anforderungen des Aufgabenträgers. Ausgleichsfähig sind dabei solche Tatbestände, die auch angefallen wären, wenn es sich nicht um eine Direktvergabe oder Selbsterbringung handeln würde.“

Mit der Formulierung „eine gemeinsame Aufgabe“ ist festgelegt, dass es nicht um eine Zuschussung in geringer Höhe und im freien Ermessen der jeweiligen Landesregierung abhängig von der Haushaltslage handelt. Ein einfacher Maßstab bei einer gemeinsamen Aufgabe wäre eine Kostenteilung halbe/halbe zwischen den Aufgabenträgern und dem Land, aber sicherlich entsprechen auch Kostenteilungen von 60/40 oder 70/30 dem Geiste des Gesetzes. Im Gesetz ist ausgeführt, dass die Mitfinanzierung „auf Basis der Vorjahreswerte von Kosten, Einnahmen ... vorab kalkuliert wird.“ Damit ist klar, dass das Land in der Verpflichtung ist, die Mitfinanzierung dynamisch anzulegen und in der Verantwortung für die steigenden Kosten und Defizite steht.

Antrag 014: Dringlichkeitsantrag: Säulen Europas stärken und ausbauen – deutsch-französische Beziehungen erneuern

Antragsteller*in:	Sandra Weeser (Altenkirchen), Maximilian Krolo (Südwestpfalz), Christian Kopp (Kaiserslautern), Andreas Christ (Rhein-Hunsrück), Bianca Hofmann (Speyer), Ralf Berlingen (Vulkaneifel), Ralf Stüber (Germersheim), Volker Lopp (Westerwald)
Status:	vorbehaltlich zugelassen

Der Parteitag möge beschließen:

1 Am 9. Juni finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Sie sind
2 entscheidend für die weiteren politischen Entwicklungen auf dem Kontinent
3 Europa. Europa ist die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, sucht aber zu
4 häufig noch seine Rolle in der globalisierten Welt. Wir Freien Demokraten
5 bekennen uns zu einer Einheit in Vielfalt für Europa. Und wollen diese stärken.
6 Für ein Gelingen in Europa ist eine funktionierende wirtschaftliche Basis
7 essenziell. Charles de Gaulle und Konrad Adenauer haben ihre Idee eines geeinten
8 Europas auf den engen und vereinfachten wirtschaftlichen Verbindungen der
9 Mitgliedstaaten mit dem Vertrag über die Gründung einer Europäischen
10 Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) – auch Montanunion genannt – im April
11 1951 aufgebaut. Wir Freien Demokraten sind uns der herausragenden Rolle von
12 Frankreich und Deutschland als den 2 größten Volkswirtschaften in Europa bewusst
13 und möchten die deutsch-französischen Beziehungen wieder zum Motor für Europa
14 machen.

15 **Deutsch-französische Beziehungen als Fundament der EU verbessern – Weimarer** 16 **Dreieck erneuern**

17 Während die Beziehungen dank des Aachener Vertrags und der Einsetzung der
18 Deutsch-Französischen Parlamentarischen Versammlung (DFPV) 2019 auf einer
19 vertieften parlamentarischen Basis stehen, gibt es derzeit Verbesserungsbedarf
20 auf der Ebene der Regierungschefs. Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzler
21 Olaf Scholz sollten vor dem Hintergrund der stetig wachsenden außen- und
22 sicherheitspolitischen Herausforderungen durch den Krieg in der Ukraine und den
23 Konflikt im Nahen Osten schleunigst zu besseren Verständigungen und Abstimmungen
24 kommen. Alle Staaten der EU blicken sehr genau auf die Positionierung der beiden
25 Führungsnationen in Europa. Aus Sicht der Freien Demokraten ist es deswegen
26 dringend erforderlich, dass sich die beiden Staatsmänner häufiger informell wie
27 formell beraten und öffentlich sichtbar die Beziehungen beider Staaten erneuern.

28 Wir Freien Demokraten begrüßen die Abwahl der nationalistischen PiS-Regierung in
29 Polen und die Vereidigung des proeuropäischen Präsidenten Donald Tusk. Der
30 Machtwechsel in Polen eröffnet nun die Möglichkeit die nachbarschaftlichen
31 Beziehungen wieder zu vertiefen und gemeinsam mit Frankreich das Weimarer
32 Dreieck zu erneuern. Mit dem Weimarer Dreieck begründeten die Außenminister
33 Genscher, Dumas und Skubiszewski 1991 eine wegweisende Zusammenarbeit zwischen
34 Deutschland, Frankreich und Polen. Dabei war der unmissverständliche Einsatz für
35 Demokratie und Rechtsstaatlichkeit identitätsstiftend. Dieser Grundgedanke kann
36 nun wieder belebt und das Weimarer Dreieck wieder ein stärkerer Impulsgeber

37 insbesondere für mehr europäische Souveränität werden. Es kann dabei auch als
38 Vermittler zwischen Gründungsstaaten und neuen Mitgliedern fungieren.

39 **Mehr Binnenmarkt – weniger Bürokratie**

40 Wettbewerbsfähigkeit und eine prosperierende Wirtschaft in Europa sichern
41 unseren Wohlstand und unsere Freiheit. Sie sind auch ein Bollwerk gegen linke
42 und rechte Populisten. Wir Freien Demokraten wollen die Wettbewerbsfähigkeit in
43 Europa endlich wieder stärken und sprechen uns deutlich gegen die
44 Regulierungssucht der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyens aus. Die
45 letzten 5 Jahre ihrer Präsidentschaft waren geprägt von einer Durchsetzung des
46 Green Deals und entsprechend bürokratischer Richtlinienentwürfe.

47 Wir Freien Demokraten sehen in der Enthaltung der Bundesregierung zum
48 europäischen Entwurf für eine EU-Lieferkettenrichtlinie einen wichtigen Schritt,
49 diesem Vorgehen Einhalt zu gebieten und werden uns auch künftig dafür einsetzen,
50 bürokratische Mehraufgaben insbesondere für die kleinen und mittleren
51 Unternehmen in Rheinland-Pfalz zu verhindern.

52 Wir fordern hingegen eine One-In-Two-Out-Regelung auf europäischer Ebene zu
53 verankern. Für den Beschluss einer neuen Regelung sollen künftig mindestens zwei
54 Regelungen abgebaut werden.

55 Wir fordern Entrepreneurship made in Europe und damit eine Vereinfachung der
56 Geschäftstätigkeit für Kapitalgesellschaften. Dazu gehört ein erneuter Anlauf
57 für die europäische Privatgesellschaft, der Societas Privata Europaea, kurz SPE,
58 und eine europäische Einpersonengesellschaft, die Societas Unius Personae, kurz
59 SUP.

60 Eine Herausforderung für Unternehmen in der EU ist die kostspielige und
61 schwierige grenzüberschreitende Geschäftstätigkeit aufgrund unterschiedlicher
62 nationaler Rechtsvorschriften, insbesondere im Bereich des Gesellschaftsrechts.
63 Sei es die GmbH in Deutschland, die Société à responsabilité limitée in
64 Frankreich oder die žďaroji akcinė bendrovė in Litaun und viele andere
65 Kapitalgesellschaften.

66 Wir wollen es Startups und jungen Gründungen bspw. bei den
67 Arbeitnehmerregelungen einfacher, digitaler und bürokratieärmer machen.

68 **Migration steuern – sonst tun es die Falschen**

69 Chancengleichheit und Freiheit sind das Fundament liberaler Politik. Wir wollen
70 ein weltoffenes und tolerantes Europa. Leider erstarken derzeit die politischen
71 rechten, nationalen Parteien in Europa. Dem wollen wir eine klare, pragmatische
72 und lösungsorientierte Politik auch im Bereich der Migrations- und
73 Sicherheitspolitik entgegensetzen.

74 Wir wollen eine klar geregelte Migration. Wir wollen eine europäische Lösung,
75 die Zuwanderung in Sozialsysteme verhindert, Arbeits- und Fachkräftemigration
76 fördert und gleichzeitig Fluchtursachen wirksam bekämpft.

77

78 Durch die Folgen des Klimawandels, wird Flucht-Migration weiter zunehmen,
79 weshalb wir als Europäer jetzt geeint die Migrationspolitik der Zukunft
80 gestalten

81 müssen. Es geht alle europäischen Staaten an und muss deshalb auf allen
82 Schultern gerecht verteilt werden.

83

84 Für uns bedeutet Migration: Auf der einen Seite Asyl vor politischer Verfolgung,
85 auf der anderen Seite Arbeitseinwanderung. Zwischen diesen verschiedenen
86 Migrationsarten trennen wir klar, wobei ein Wechsel zwischen diesen Arten
87 möglich sein muss (sogenannter Spurwechsel) und aufgrund des Fachkräftemangels
88 auch erstrebenswert sein kann. Wir setzen uns dafür ein, die europäischen
89 Rahmenbedingungen nachhaltig zu verbessern, so dass in der EU endlich eine
90 gesteuerte Migration stattfindet. Wir wollen damit Wellen der fluchtgetriebenen
91 Zuwanderung besser steuern und die handelnden, oftmals ehrenamtlichen Akteure
92 auf kommunaler Ebene in Rheinland-Pfalz endlich entlasten, sowie die
93 Überforderung in der Bevölkerung abbauen.

94

95 **Sicherheit geht nur europäisch**

96

97 Angesichts von Krieg in Europa und gefährlichen Krisenherden vor unserer
98 Haustür, müssen wir mehr denn je für ein freies und demokratisches Europa
99 streiten und kämpfen.

100

101 Europa muss wieder ein eigenständiges Machtzentrum werden. Spätestens mit dem
102 Angriff

103 auf die Ukraine durch Russland und dem brutalen Terror-Angriff der Hamas auf
104 Israel sind alle liberalen Demokratien des Westens herausgefordert.

105

106 Wir Freien Demokraten setzen uns deshalb für eine verbesserte und vertiefte
107 gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik ein. Weitere Staaten des Ostens zu
108 integrieren, sowie die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine sind
109 der richtige Schritt für unsere Sicherheit.

110

111 Wir wollen die europäischen Kooperationsprojekte im Bereich der Sicherheit und
112 Verteidigung stärken und sehen insbesondere in diesem Bereich
113 Nachbesserungsbedarf auf Ebene der Regierungschefs. Damit auch rheinland-
114 pfälzische Unternehmen der Sicherheitstechnik planen und nachhaltig arbeiten
115 können, braucht es eine verbesserte strategische und planerische Ausrichtung in
116 der gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik. Wir Freien Demokraten sehen
117 angesichts der sich verschiebenden Machtverhältnisse in den USA einen klaren
118 Auftrag an die europäische Union für eine eigenständige Außen- und
119 Verteidigungspolitik einzustehen und in der kommenden Legislaturperiode des
120 europäischen Parlaments endlich die Weichen für eine europäische Armee zu
121 stellen.

Begründung

Erfolgt mündlich

FDP Rheinland-Pfalz | Schillerstraße 11a | 55116 Mainz

06131 - 232541 | rlp@fdp.de | www.fdp-rlp.de